

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #33

Mai 2023

Stadt und Land in der Klimakrise: Gemeinsamer Blickwinkel oder divergierende Perspektiven?

Politische Einstellungen
in verschiedenen Wohnorts-
umfeldern – von ländlichen
bis städtischen Räumen

JAN EICHHORN

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Datengrundlage	6
3 Grundeinstellungen zu Klimakrise und Energiewende: Kaum Unterschiede nach Wohnortsumfeld	7
4 Profilunterschiede zwischen Wohnortsumfeldern: Warum wir tiefere Einblicke benötigen	11
5 «Not in my own backyard»: Wie sich die Bereitschaft zu neuen hausnahen Stromleitungen zwischen Wohnortsumfeldern unterscheidet	16
6 Die parteipolitische Bedeutung: Worin Wähler/innengruppen mancher Parteien sich nach Wohnortsumfeld unterscheiden	21
7 Fazit und Ausblick	28
Literaturverzeichnis	30
Der Autor	32
Impressum	32

Zusammenfassung

In Debatten zu Klimakrise und Energiewende wird oft ein Bild großer Unterschiede der Einstellungen von in städtischen und ländlichen Regionen lebenden Menschen gezeichnet. Doch trifft das wirklich zu? Basierend auf repräsentativen Umfragedaten analysiert die vorliegende Studie, wie Menschen in verschiedenen Wohnortsumfeldern über klima- und energiepolitische Themen nachdenken. Dabei zeigt sich, dass es zwischen ihnen generell nur nuancierte Unterschiede in Ansichten zur Wichtigkeit der Klimakrise und der Präferenz für bestimmte Maßnahmen gibt. Allerdings unterscheiden sich die Profile der Menschen, die bestimmte Ansichten über Wohnortsumfelder hinweg teilen, teils deutlich. Das gilt insbesondere auch für Anhänger/innen verschiedener Parteien. Die Analyse zeigt deutlich, dass eine zielgruppenorientierte Ansprache zu Klima- und Energiepolitik dann erfolgversprechend ist, wenn persönliche Charakteristika von Menschen und ihr Wohnortsumfeld gemeinschaftlich betrachtet werden.

Hauptaussagen

1. In generellen Fragen zur Klimakrise, insbesondere wie wichtig sie als Thema ist, wie stark sie das eigene Leben beeinflussen wird und wie die Regierung darauf reagieren soll, unterscheiden sich Menschen in ländlichen oder städtischen Umfeldern insgesamt kaum.
2. Welche Gruppen von Menschen jedoch welche Ansichten haben, vor allem in Bezug auf die Bereitschaft, selbst betroffen zu werden (z.B. durch den Ausbau von Stromleitungen), unterscheidet sich teils deutlich nach Wohnortsumfeld.
3. Welche Gruppen innerhalb der Anhänger/innenschaft von Parteien bestimmte Ansichten zu Klimakrise und Energiewende vertreten, unterscheidet sich teils deutlich nach Wohnortsumfeld.

1 Einleitung

In den Debatten über die Bewältigung der Klimakrise werden häufig Unterschiede zwischen Stadt und Land und sogar Konflikte zwischen den verschiedenen Wohnortsumfeldern betont (vgl. Wagner 2021), wobei man oft konkrete Diskussionen über die Energiewende mit breiteren gesellschaftlichen Diskursen verknüpft. In diesen wird das vereinfachende Bild einer Divergenz zwischen sogenannten kosmopolitischen Gruppen in urbanen Räumen auf der einen und Menschen in eher ländlichen Wohnortsumfeldern auf der anderen Seite entworfen (vgl. Breuer 2019).

Solche Differenzierung wird jedoch teilweise als sehr problematisch gesehen. So gibt es etwa eine ausführliche Kritik an der Charakterisierung urbaner Räume, die von eher gemeinschaftsorientierten ländlichen Umfeldern abgegrenzt wären, als exklusiv kosmopolitisch. Man sieht darin eine Vereinfachung und Missachtung der substanziellen Verschiedenheit von Menschen, die jeweils in Städten oder auf dem Land leben (vgl. Möller 2021). Die simplifizierte Gegenüberstellung verschiedener Wohnortsumfelder führt unter Umständen dazu, dass größere Differenzen suggeriert werden, als es angemessen wäre (vgl. Bernauer 2022).

Gleichzeitig wäre es aber falsch, davon auszugehen, dass das Wohnortsumfeld und der Grad der Urbanität keinen Einfluss auf die Wahrnehmung aktueller politischer Diskussionen hätten. Lukas Haffert hat in *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung* eindrucksvoll aufgezeigt, unter welchen Bedingungen Spannungen zwischen städtischen und ländlichen Lebensräumen besonders stark werden können (vgl. Haffert 2022). Unterschiede in der ökonomischen Struktur erweisen sich dabei als besonders relevant und können verschiedene politische Wahrnehmungen und Ansichten verstärken.

Grundsätzlich scheint es in allen Wohnortsumfeldern ein hohes Interesse am Thema Klimakrise zu geben. Doch treten Unterschiede in den Sichtweisen auf, gerade wenn es um Fragen zur strukturell-ökonomischen Transformation geht. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung einem Wandel der Wirtschaftsstruktur überall offen gegenübersteht, ist diese Tendenz bei der Bevölkerung in ländlichen Räumen weniger ausgeprägt (vgl. Umweltbundesamt 2022a). Das kann verschiedenste Gründe haben. So gibt es eine Reihe objektiver Faktoren, die veranschaulichen, wie Menschen auf dem Land beispielsweise bei der Mobilität strukturell oft benachteiligt sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2021: 450 f.). Dementsprechend könnten verschiedene Ansichten teils auf der Sorge vor einer Benachteiligung infolge von weiteren Reformen beruhen anstatt auf einer grundsätzlichen Ablehnung.

Zusammengenommen verdeutlicht sich damit: Wir benötigen eine Betrachtungsweise, in der Wohnortsumfelder unterschieden werden. Darüber hinaus muss dezidiert analysiert

werden, inwiefern sich bestimmte Ansichtsprofile zur Energiewende und Klimakrise in Abhängigkeit des Wohnortsumfelds herauskristallisieren:

- Teilen etwa die gleichen Personengruppen in verschiedenen Wohnortsumfeldern ähnliche Ansichten, oder sehen wir bei diesen unterschiedliche Sichtweisen?
- Wenn beispielsweise junge Menschen starke Meinungen zu diesen beiden Themen äußern, können wir dann davon ausgehen, dass dies in allen Wohnortsumfeldern der Fall ist, oder könnten sich bei diesen auch Differenzen aufzeigen?
- Sind Menschen, die eher weniger Sorgen über den Klimawandel haben, auch geringer geneigt, Maßnahmen zur Energiewende zu unterstützen, oder wäre das eine unangemessene Vereinfachung, die nur in manchen Wohnortsumfeldern gilt?

In der vorliegenden Analyse gehen wir solchen Fragestellungen auf den Grund. Wir unterscheiden zwischen Ansichtsprofilen innerhalb von Wohnortsumfeldern, um eine tiefere Analyse zur Debatte beizutragen, wie Menschen in städtischen und ländlichen Regionen auf die Klimakrise und das Thema Energiewende blicken.

Entscheidend ist hierbei, dass nicht nur nach den eingenommenen Positionen gefragt wurde, sondern auch nach der persönlichen Betroffenheit von Klimakrise und Energiewende und beispielsweise der Bereitschaft, für die Finanzierung von entsprechenden Maßnahmen mehr Steuern zu zahlen. So können wir Schlussfolgerungen über Handlungsbereitschaft oder über Akzeptanz von politischen Entscheidungen ziehen.

Weil sich politische Einstellungen keineswegs als einzig abhängig vom Wohnortsumfeld erweisen, sondern im Zusammenhang mit anderen Charakteristika stehen, werden in die folgenden Analysen auch Faktoren wie Bildungsstand, Alter und Geschlecht miteinbezogen. Ferner berücksichtigen wir, ob die Befragten über Wohneigentum verfügen, da dieses in der Regel mit einer höheren Ortsverbundenheit und Verantwortung einhergeht.

So können also innerhalb der Bevölkerung in Großstädten oder auf dem Lande unterschiedliche Ansichten zu bestimmten Themen vertreten sein, die stärker im Zusammenhang mit den anderen Faktoren stehen.

In der nachfolgenden Analyse werden deshalb Fragen nach Klimakrise und Energiewende zunächst aus der Perspektive des Wohnortsumfelds analysiert, um dann im Nachfolgenden mit einem tieferen Blick auf weitere Faktoren deutlicher herauszuarbeiten, wie relevant Wohnorteffekte und andere Einflussfaktoren sind. Zudem wird näher darauf eingegangen, inwieweit Einstellungen zur Klimakrise mit parteipolitischen Präferenzen einhergehen.

2 Datengrundlage

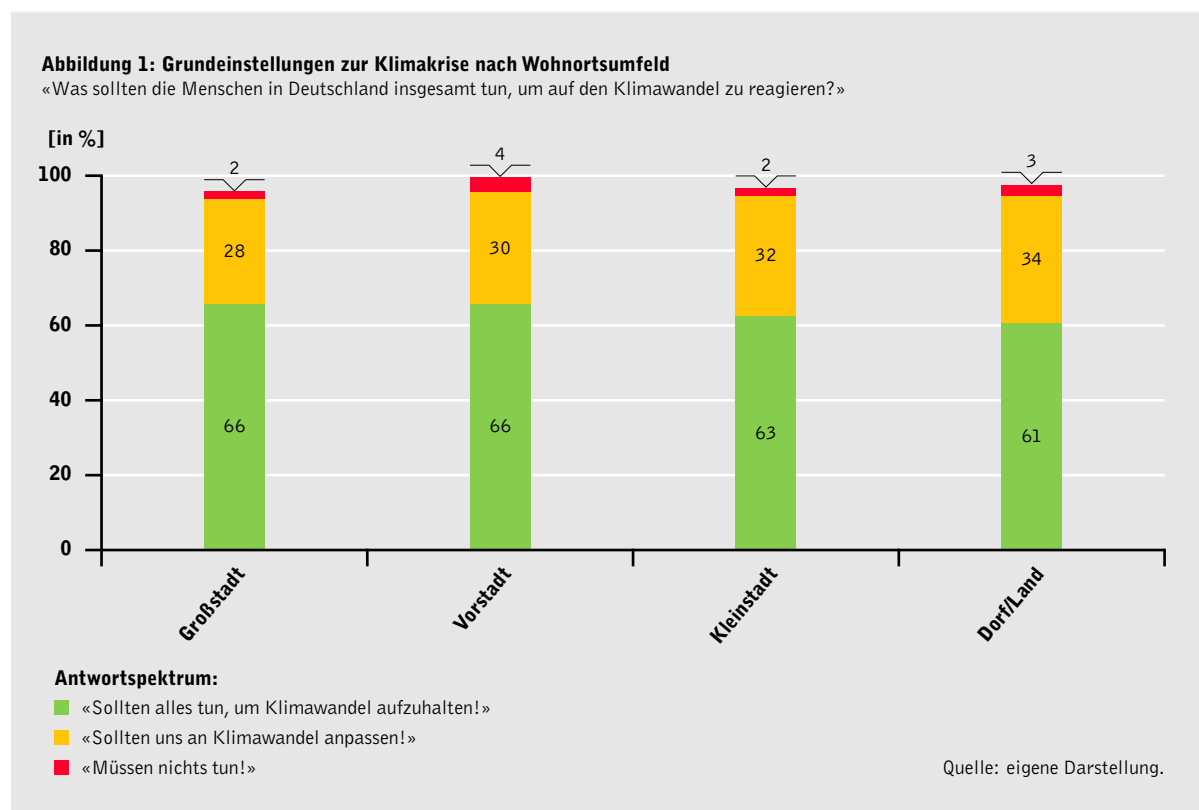
Die Analysen beruhen auf einer repräsentativen Umfrage der deutschen Bevölkerung. Diese wurde vom 7. bis zum 25. August 2020 mit Teilnehmenden im Alter zwischen 16 und 74 Jahren durchgeführt. Insgesamt wurden 2112 Menschen befragt. Die Erhebung war Bestandteil des Projekts «Climate crisis messages across the political spectrum», welches von d|part – Think-Tank für politische Partizipation in Kooperation mit dem Open Society European Policy Institute (OSEPI) umgesetzt wurde. Die Daten erhob der Dienstleister Bilendi über ein Online-Panel. Potenzielle Teilnehmer/innen wurden zur Teilnahme eingeladen, und über ein komplexes Quoten-Design strebte man eine Verteilung an, die die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung widerspiegelt. Dazu wurden Quoten für demografische Faktoren (Geschlecht, Alter, Bundesland) mit einer Statusquote (Bildung) zusammengebracht. Über sogenannte Kreuzquoten strebte man zusätzlich die Spiegelung der Bevölkerungsverteilung von Alter und Bildung für jedes Bundesland an. Teilnehmende wurden in kleinen Tranchen eingeladen – so konnte man einem über- oder unterproportionalen Mitwirken bestimmter Gruppen durch das Erhöhen oder Verringern der Einladungen gegensteuern. Im Ergebnis entstand ein Datensatz, der die deutsche Bevölkerung in fast allen Quoten und Kreuzquoten nahezu perfekt abbildet. Wo leichte Abweichungen entstanden, wurden diese durch Gewichte ausgeglichen. Die Anwendung von Gewichten führt jedoch nur zu Änderungen in Ergebnissen um bis zu einem Prozentpunkt (vgl. d|part 2021).

Bekannt ist, dass die einfache Dichotomie zwischen Stadt und Land nur bedingt die Lebenswelten in der Bundesrepublik erfasst. Aus diesem Grunde wurden die Teilnehmenden nach ihrem Wohnortsumfeld befragt und gebeten, es in eine der folgenden Kategorien einzuordnen, die für die folgenden Analysen genutzt werden:

- Großstadt
- Vorstadt
- Kleinstadt
- Dorf/Auf dem Land

3 Grundeinstellungen zu Klimakrise und Energiewende: Kaum Unterschiede nach Wohnortsumfeld

Grundlegende Ansichten zur Klimakrise unterscheiden sich im Durchschnitt kaum zwischen Menschen verschiedener Wohnortsumfelder. So sagen knapp zwei Drittel aller Befragten, dass der Klimawandel aufgehalten werden sollte, egal ob sie in Großstadt, Vorstadt, Kleinstadt oder in einem Dorf oder auf dem Land leben (Abbildung 1).



Auch wenn wir fragen, wie eine klimawandelbezogene Politik insgesamt umgesetzt werden soll, ähneln sich die Antworten in allen Wohnortsumfeldern sehr. Etwas über ein Drittel der Befragten findet, dass man sich nicht auf einen einzigen Maßnahmentyp verengen, sondern Besteuerungen, Anreize und Verbote kombinieren sollte (Tabelle 1), um Menschen zu einem klimafreundlicheren Handeln zu bringen. Nur circa 10 Prozent sagen dagegen, dass die Regierung nichts unternehmen sollte. Bei der Zustimmung zu den Einzelmaßnahmen gibt es nur sehr kleine Unterschiede, das Gesamtbild ist aber in allen Umfeldern ähnlich: Belohnungen für klimafreundliches Verhalten finden erwartungsgemäß mehr Zustimmung als Verbote oder Besteuerungen.

Tabelle 1: Bevorzugte Herangehensweise an Regierungsmaßnahmen, um Menschen zu klimafreundlicherem Handeln zu bewegen

Fragestellungen(*)	Wohnortsumfeld			
	Großstadt	Vorstadt	Kleinstadt	Dorf/Land
Es sollte eine Mischung aus Belohnungen, abschreckenden Maßnahmen und Verboten für Menschen geben	37 %	36 %	38 %	39 %
Menschen sollten dafür belohnt werden, wenn sie auf klimaverantwortliche Weise handeln	29 %	26 %	25 %	27 %
Menschen sollte es untersagt werden, sich auf eine Weise zu verhalten, die dem Klima schadet	9 %	13 %	12 %	13 %
Menschen sollte für Verhalten, das dem Klima schadet, eine Steuer auferlegt werden	12 %	10 %	11 %	7 %
Die Regierung sollte keine Maßnahmen ergreifen, um Menschen dazu zu bewegen, auf klimaverantwortliche Weise zu handeln	8 %	11 %	8 %	8 %
Weiß nicht	5 %	4 %	6 %	6 %

(*) «Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung darüber am nächsten, was die Regierung gegebenenfalls tun sollte, um Menschen dazu zu bewegen, auf klimaverantwortliche Weise zu handeln?»

Nuancierte Unterschiede sehen wir jedoch bei der Erwartungshaltung gegenüber den persönlichen Konsequenzen durch den Klimawandel. Der Anteil der Bevölkerung, welcher eher optimistisch darauf schaut, fällt in allen Wohnortsumfeldern mit circa 30 Prozent ähnlich aus (Abbildung 2). Unter Menschen auf dem Land ist jedoch die Ansicht, dass die Konsequenzen eher neutral als schlecht wären, etwas stärker verbreitet als anderswo. Und während nur etwa ein Drittel auf dem Dorf/auf dem Land negative persönliche Konsequenzen durch den Klimawandel erwartet, beträgt der Anteil in anderen Umfeldern circa 40 Prozent. Der Gesamteindruck ist also in allen Kontexten ähnlich: Nur eine, wenn auch substantielle Minderheit geht von explizit negativen persönlichen Folgen durch den Klimawandel aus. Der Anteil ist in ländlichen Regionen aber etwas niedriger.

Für positive Erwartungen kann es verschiedene Gründe geben. Einige Menschen sehen sich eventuell als Profiteure der Krise, wenn sie persönlichen Nutzen, zum Beispiel durch bestimmte geschäftliche Aktivitäten sehen. Eventuell sehen auch einige die Möglichkeit, dass die Klimakrise gesellschaftliche Veränderungen bewirken kann, die sie gerne erreichen möchten. Die bestehenden Daten ermöglichen uns nicht herauszufinden, was hinter diesen Ansichten steht. Generelle Unterschiede sind über die verschiedenen Umfelder hinweg jedoch gering.

Insgesamt stellen sich die Ansichten zur Relevanz der Klimakrise und zur grundlegenden Ausrichtung politischer Maßnahmen in allen Wohnortsumfeldern also als sehr ähnlich heraus. Es gibt jedoch etwas mehr Varianz zwischen den Wohnortsumfeldern, wenn wir nicht abstrakt nach Regierungsmaßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise fragen, sondern den

Abbildung 2: Erwartungen persönlicher Konsequenzen des Klimawandels nach Wohnortsumfeld

«Wie gut oder schlecht werden Ihrer Meinung nach die Folgen des Klimawandels für Sie persönlich sein?»

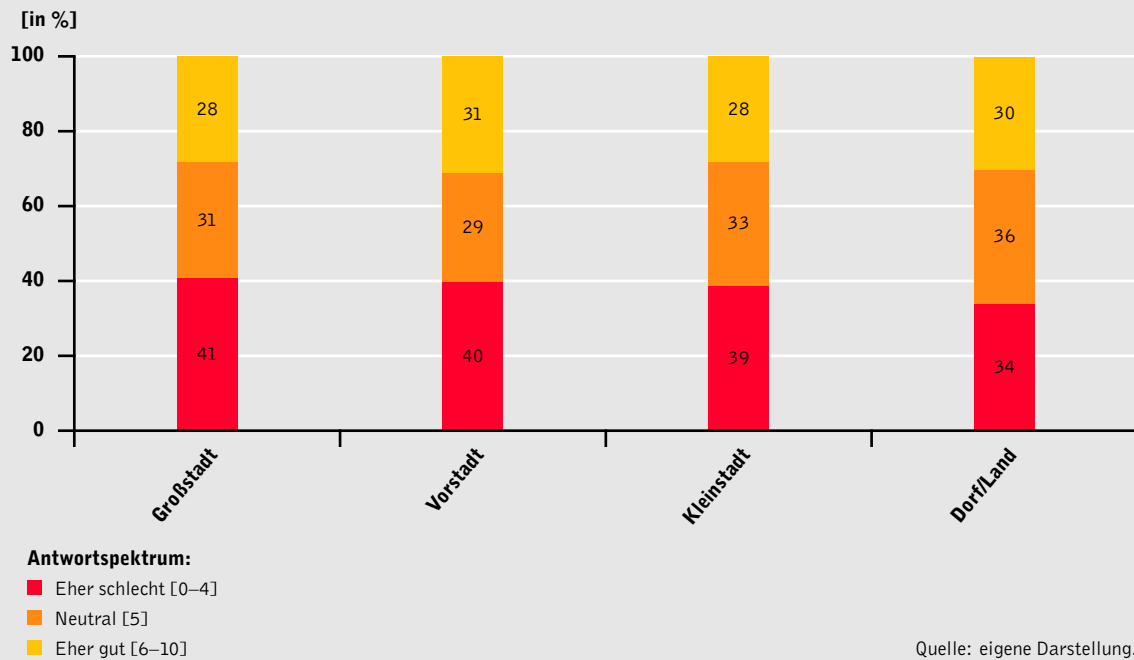
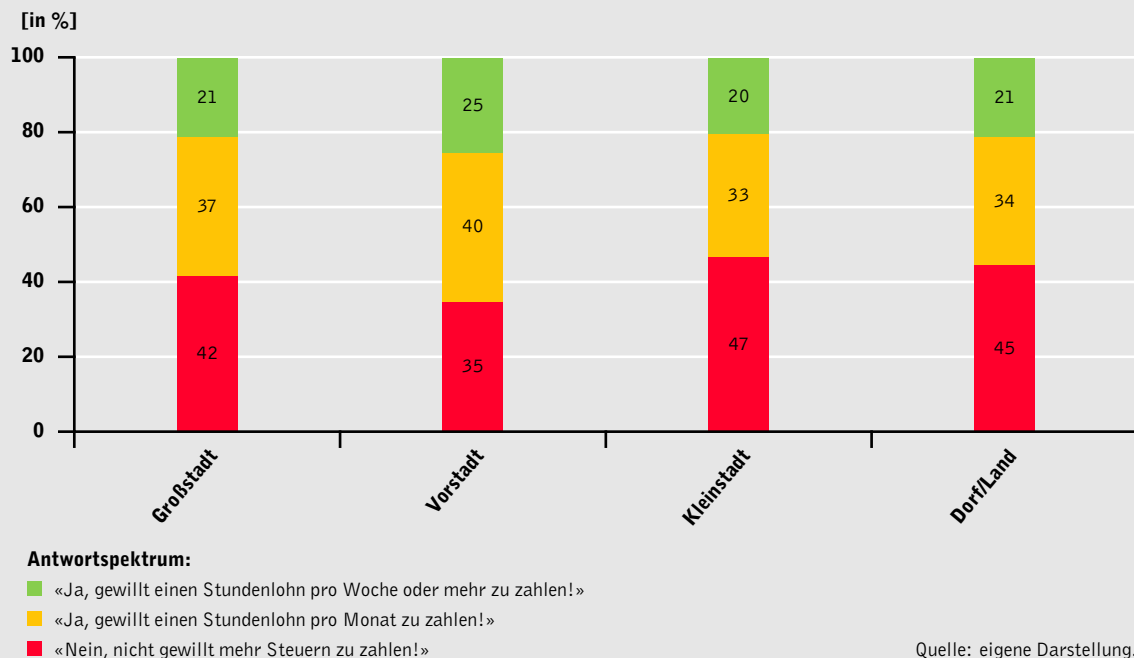


Abbildung 3: Bereitschaft, höhere Steuern für Klimaschutz zu zahlen, nach Wohnortsumfeld

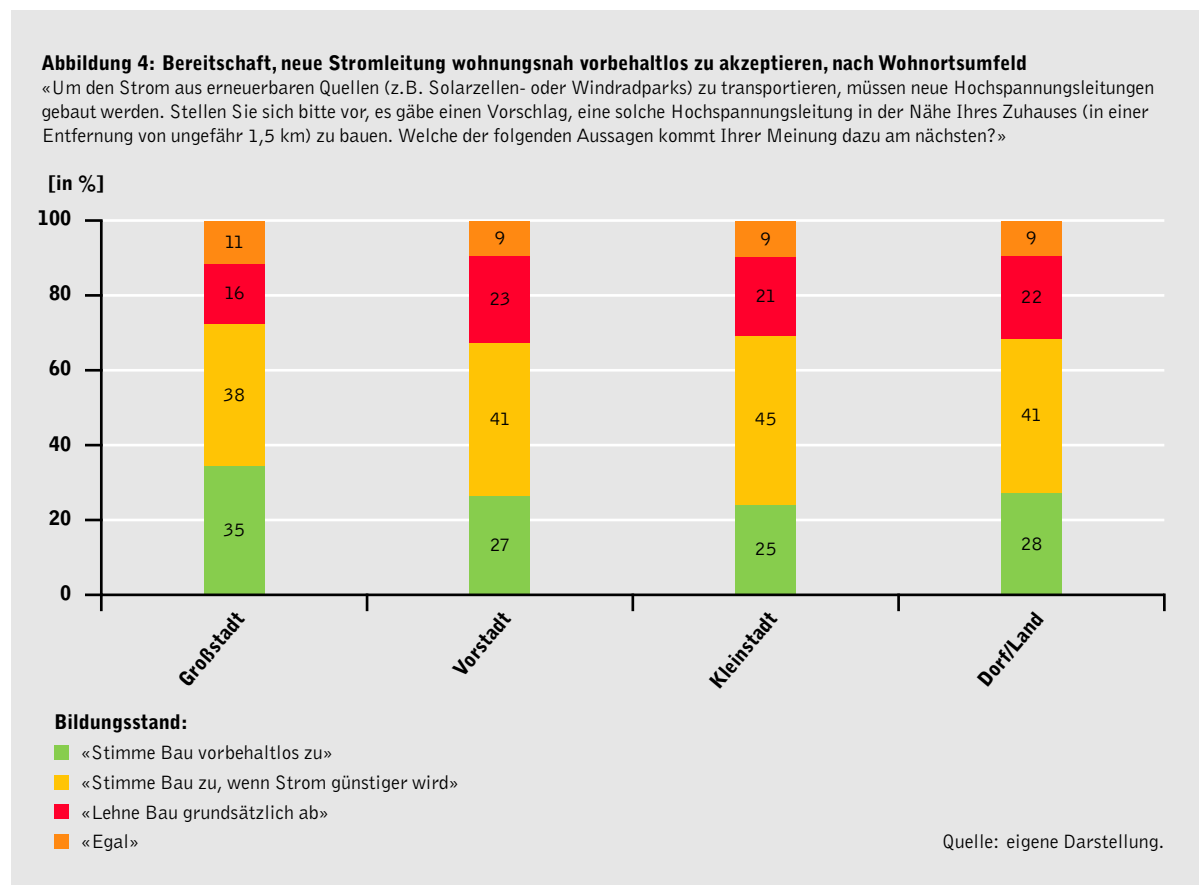
«Inwieweit wären Sie bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, um den Klimawandel zu bekämpfen?»



Willen und die Bereitschaft ansprechen, selbst einen direkten Beitrag zu leisten: Menschen in der Vorstadt sind etwa am ehesten dazu geneigt, zumindest etwas höhere Steuern für

den Klimaschutz zu zahlen. Nur 35 Prozent sagen dazu, dass sie auf keinen Fall selbst mehr zahlen würden, während deren Anteil in Großstädten (42 Prozent), auf dem Dorf oder Land (45 Prozent) und in Kleinstädten (47 Prozent) höher ausfällt (Abbildung 3).

Leichte Unterschiede zeigen sich zudem, wenn nach «Not-in-my-own-backyard, NIMBY»-Situationen gefragt wird. Großstädter/innen sind beispielsweise etwas eher dazu bereit, dem Bau einer Hochspannungsleitung in der Nähe ihrer Wohnung vorbehaltlos zuzustimmen (35 Prozent) als Menschen in anderen Wohnortsumfeldern (25 bis 28 Prozent). In Kleinstädten wird dabei die Ansicht am stärksten vertreten, dass man solch einen Bau in dem Fall unterstützen würde, wenn sich dadurch die Strompreise senken ließen (was auch in Großstädten knapp die am häufigsten ausgewählte Antwort ist) (Abbildung 4).

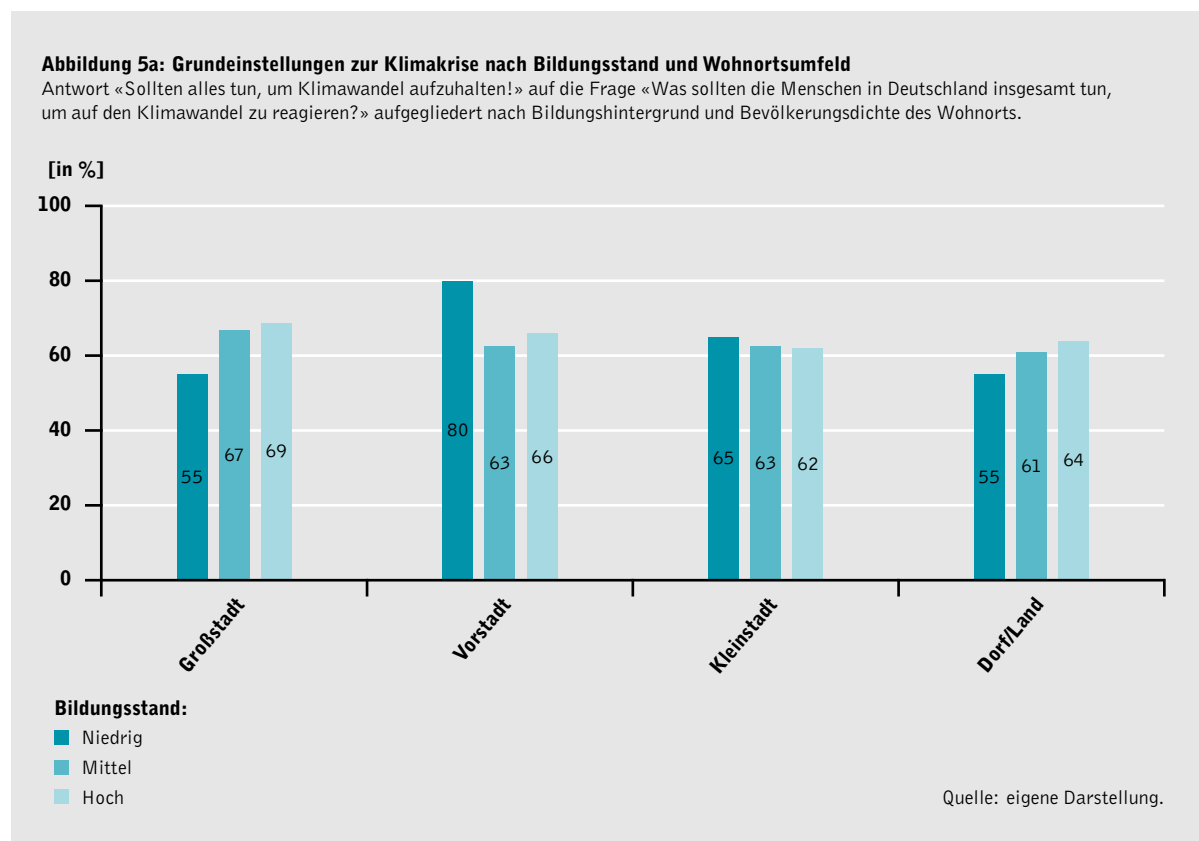


Während generelle Einstellungen zur Klimakrise über alle Wohnortsumfelder hinweg sehr ähnlich waren, haben wir bei Fragen, in denen es um Eigenleistungen und persönliche Konsequenzen von Maßnahmen zur Energiewende geht, einige Unterschiede erkennen können. Grundsätzlich sind die Themen also nicht entweder in Stadt oder Land wichtiger, aber in der genauen Ausrichtung, wie sie betrachtet werden, scheint es nicht so einheitlich auszusehen. Daher lohnt sich eine detaillierte Betrachtung.

4 Profilunterschiede zwischen Wohnortsumfeldern: Warum wir tiefere Einblicke benötigen

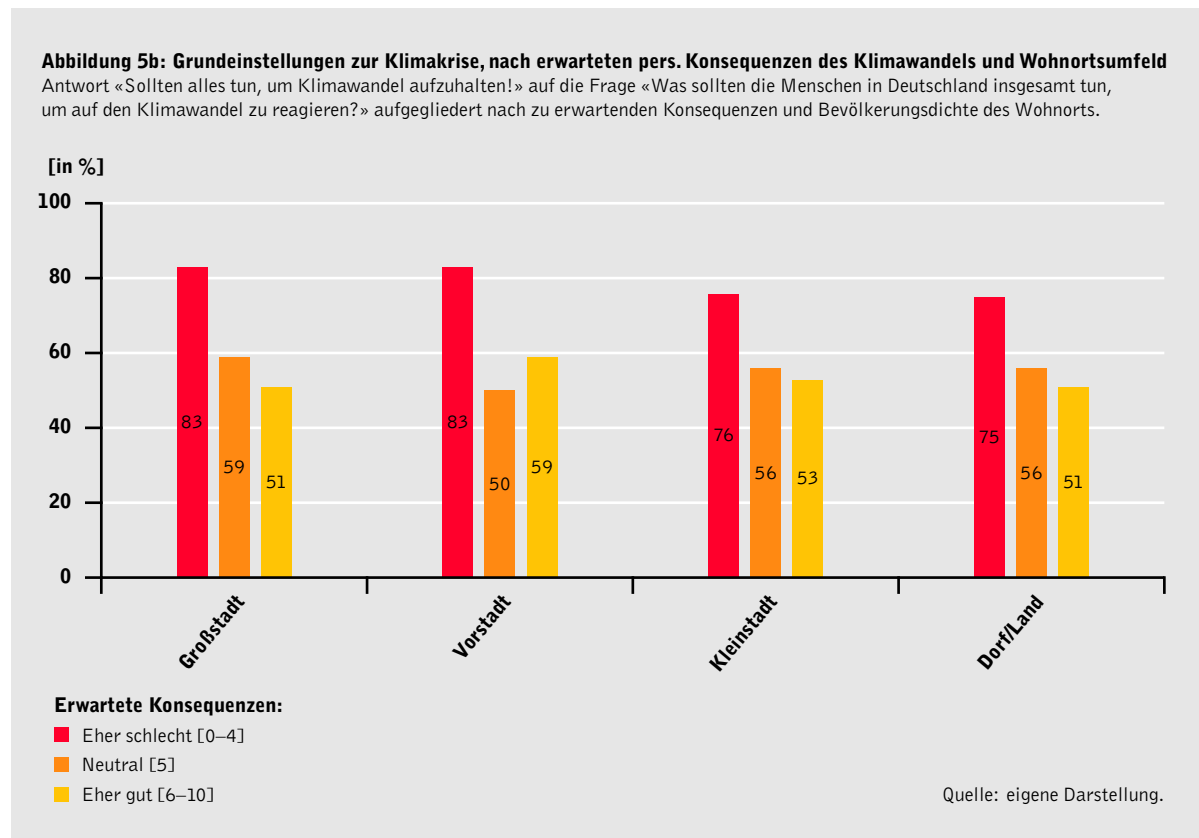
Bisher haben wir den Blick ausschließlich auf die Unterschiede in den Einstellungen nach Wohnortsumfeldern allein gerichtet. Die Unterschiede fielen dabei eher nuanciert aus. Im Folgenden vertiefen wir nun die Analyse durch Integration weiterer Einflussfaktoren wie Bildung, Alter oder Geschlecht, wodurch mögliche Effekte des Wohnorts kontextualisiert werden können. Und tatsächlich finden wir bei Berücksichtigung dieser Faktoren eine Reihe solcher sogenannter Kompositionsunterschiede.

Am Beispiel des Bildungshintergrunds lässt sich dies gut illustrieren. Sowohl in den Großstädten als auch auf dem Dorf/auf dem Land gilt, dass Menschen mit niedrigerer Bildung weniger dazu neigen, ein umfangreiches Handeln gegen den Klimawandel einzufordern (Abbildung 5a). In den Vorstädten ist es jedoch genau umgekehrt, und in Kleinstädten bestehen keine wirklichen Unterschiede bezüglich des Bildungshintergrunds.



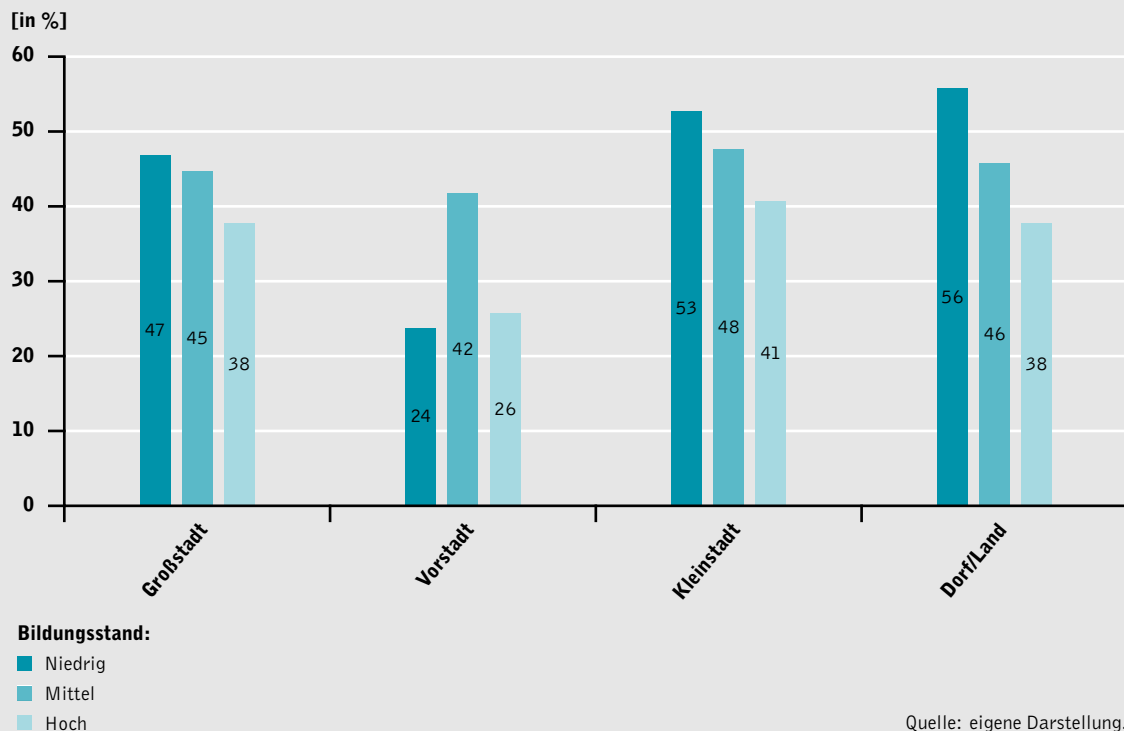
Auch die erwartete persönliche Betroffenheit steht in allen Umfeldern recht deutlich im Zusammenhang mit der generellen Ansicht, wie auf die Klimakrise reagiert werden soll. Menschen, die einen negativen Effekt für ihr eigenes Leben erwarten, wollen – wenig

überraschend – ein stärkeres Handeln sehen (Abbildung 5b). Der Effekt ist etwas stärker ausgeprägt in Groß- und Vorstädten als anderswo, aber ähnelt sich im Muster. Aber auch hier lässt sich ein bemerkenswerter Kompositionsunterschied feststellen: In Vorstädten sind Menschen, die eine neutrale Einstellung dazu vertreten, etwas weniger zum Handeln geneigt als jene, die positive Konsequenzen erwarten.



Unterschiede in den Profilen zeigen sich jedoch nicht nur bei den grundlegenden Einstellungen, sondern auch dann – und teils besonders deutlich –, wenn die Bereitschaft erfragt wird, selber Leistungen zu erbringen. In fast allen Umfeldern sehen wir etwa bei Menschen mit höherer Bildung eher eine Tendenz zur Bereitschaft, mehr Steuern zu zahlen (Abbildung 6a). Die Ausnahme stellen hier die Vorstädte dar. Die Bereitschaft bei jenen mit hoher und solchen mit niedriger Bildung ist ähnlich hoch – aber deutlich niedriger bei Menschen mit mittlerer Bildung.

Abbildung 6a: Nichtbereitschaft, höhere Steuern für Klimaschutz zu zahlen, nach Bildungsstand und Wohnortsumfeld
Antwort «Nein, nicht gewillt mehr Steuern zu zahlen!» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, um den Klimawandel zu bekämpfen?» aufgliedert nach Bildungshintergrund und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.

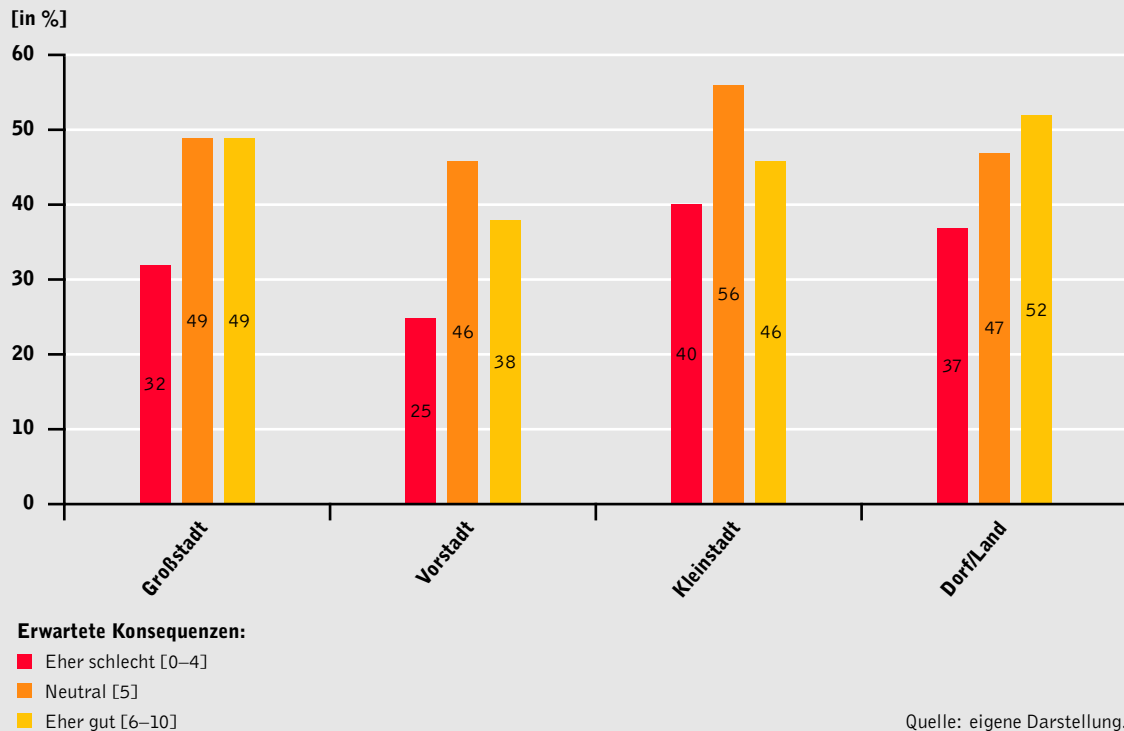


Wer glaubt, dass der Klimawandel einen negativen Einfluss auf das eigene Leben haben wird, ist zudem eher gewillt, mehr Steuern zu zahlen (Abbildung 6b). Im Vergleich zwischen Menschen, die einen neutralen Einfluss erwarten, und denjenigen, für welche die positiven Konsequenzen überwiegen, stellen sich Umfeldunterschiede heraus. Die beiden Gruppen unterscheiden sich nicht in Großstädten in ihrer Bereitschaft, mehr Steuern für den Klimaschutz zu zahlen. Auf dem Dorf oder Land sind es eher jene, die positive Effekte erwarten, die dafür weniger Bereitschaft zeigen. In Vor- und Kleinstädten hingegen sind es jene mit einer neutralen Erwartungshaltung.

Die teils deutlichen Profilunterschiede nach den Wohnortsumfeldern werfen mehrere Fragen auf. Warum sind in einigen Umfeldern die Menschen mit einer neutralen Erwartung weniger gewillt, solche Maßnahmen zu unterstützen, im Vergleich zu Menschen mit positiven Erwartungen? Warum sehen wir vor allem in den Vorstädten oft andere Gruppeneffekte als anderswo? Die bestehenden Daten ermöglichen es uns nicht, diese Fragen direkt zu beantworten. Ein tieferes Verständnis könnte uns aber helfen, besser zu verstehen, inwiefern sich Diskussionsgrundlagen in verschiedenen Wohnumfeldern unterscheiden.

Abbildung 6b: Nichtbereitschaft, höhere Steuern für Klimaschutz zu zahlen, nach erwarteten persönlichen Konsequenzen des Klimawandels und Wohnortsumfeld

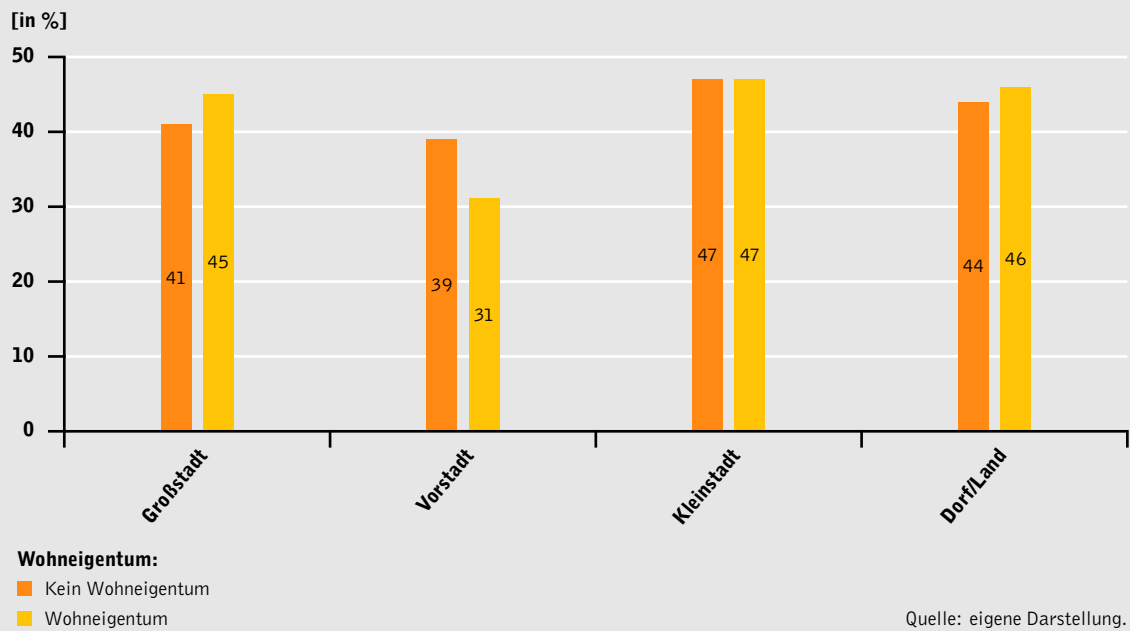
Antwort «Nein, nicht gewillt mehr Steuern zu zahlen!» auf die Frage «Was sollten die Menschen in Deutschland insgesamt tun, um auf den Klimawandel zu reagieren?» aufgegliedert nach zu erwartenden Konsequenzen und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.



Die Profilunterschiede ziehen sich zudem durch weitere Bereiche: Die Vorstädte sind auch das einzige Umfeld, in dem sich bemerkbare Unterschiede zwischen Wohneigentümer/innen und Mieter/innen herauskristallisieren (Abbildung 6c). Eigentümer/innen sind hier eher gewillt, etwas mehr zu zahlen. Andernorts gibt es kaum Unterschiede beziehungsweise stellt sich eine leichte Tendenz für Menschen mit Wohneigentum fest, keine zusätzlichen Steuern zahlen zu wollen.

Die Ergebnisse deuten an: Wie die persönlichen Auswirkungen infolge von Klimakrise und Energiewende beurteilt werden, ist nicht in allen Wohnortsumfeldern einheitlich. Daher lohnt es sich, tiefergehend zu untersuchen, inwiefern sich die Profile bei der Frage zu Maßnahmen in der eigenen Wohnumgebung ähneln oder nicht.

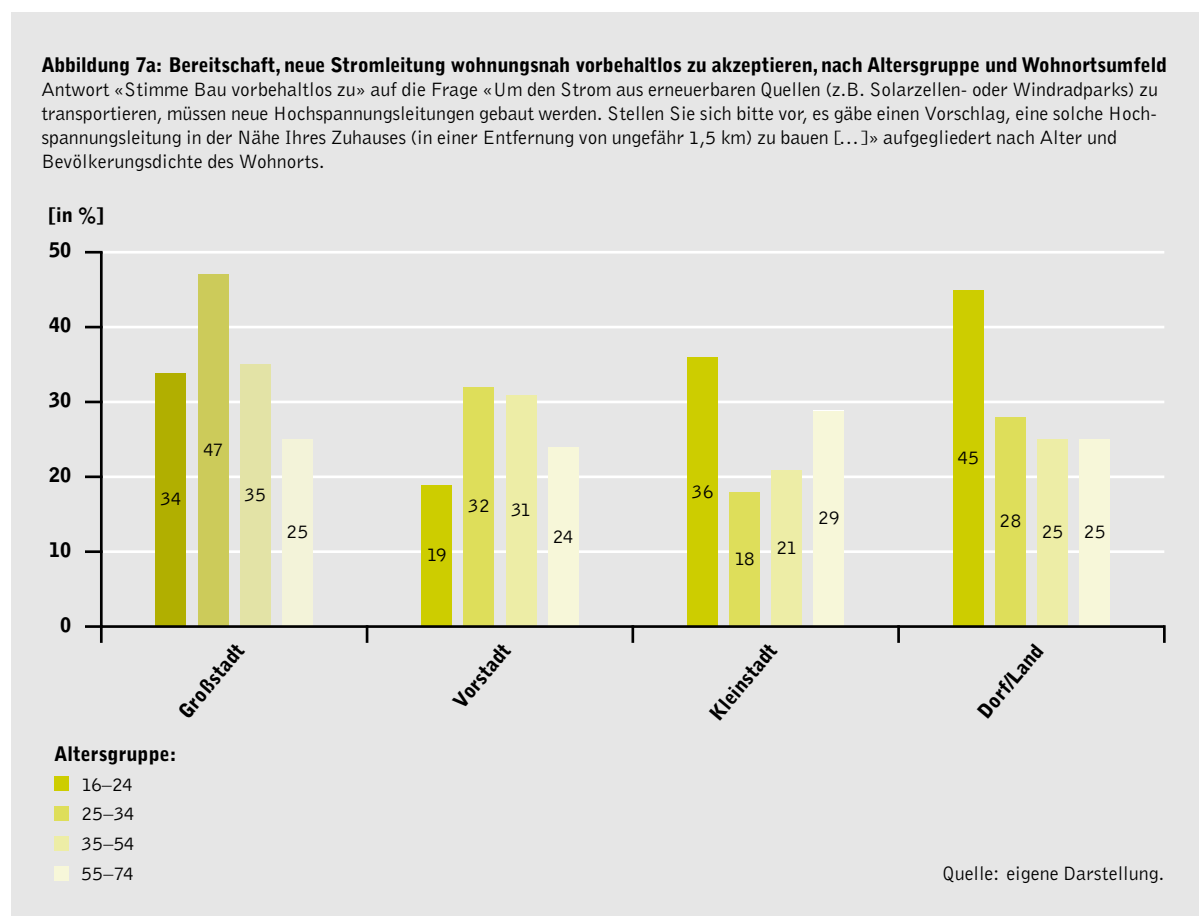
Abbildung 6c: Nichtbereitschaft, höhere Steuern für Klimaschutz zu zahlen, nach Wohnsituation und Wohnortsumfeld
 Antwort «Nein, nicht gewillt mehr Steuern zu zahlen!» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, um den Klimawandel zu bekämpfen?» aufgegliedert nach Wohneigentum und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.



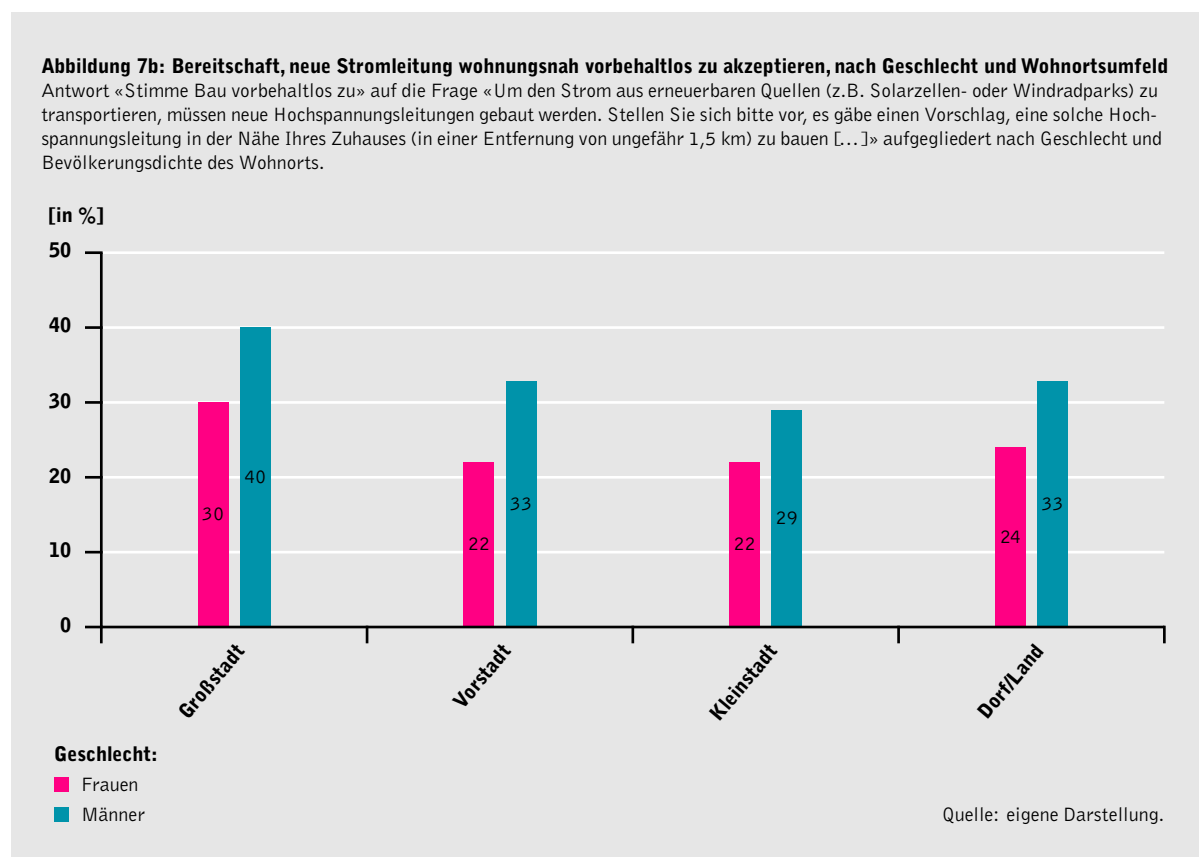
5 «Not in my own backyard»: Wie sich die Bereitschaft zu neuen hausnahen Stromleitungen zwischen Wohnortsumfeldern unterscheidet

Im Umgang mit der Klimakrise ist es unausweichlich, die Energiegewinnung zu transformieren und zu diversifizieren. Eine unmittelbare Konsequenz daraus ist, dass sich das Landschaftsbild verändert etwa durch mehr Windräder, Solarpaneele, aber auch durch mehr Stromleitungen.

Bereits oben zeigte sich im Hinblick auf die «not-in-my-own-Backyard» (NIMBY)-Frage und damit auf die implizierte Veränderung von Landschaft, wie relevant eine unmittelbare Betroffenheit für die politische Einstellung ist (siehe Abbildung 4). Denn bleibt der Blick etwa auf Hochspannungsleitungen in Großstädte versperrt bzw. existieren diese nur in deren Randgebieten, spielen diese Leitungen im Landschaftsbild von Vor- und Kleinstädten bzw. auf dem Land eine deutlich andere Rolle.



Die größte Bereitschaft, neue Stromleitungen für erneuerbare Energie nahe der eigenen Wohnung zu akzeptieren – auch ohne davon durch niedrigere Strompreise zu profitieren –, ist in Kleinstädten und auf dem Dorf/dem Land bei den 16- bis 24-Jährigen gegeben. In Großstädten sind es hingegen die 25- bis 34-Jährigen und in Vorstädten beide mittleren Altersgruppen, die dies unterstützen (Abbildung 7a). Die Jüngsten in Groß- und Vorstädten tendieren eher – mehr als jede andere Altersgruppe – dazu, dem Bau zuzustimmen, wenn sie davon persönlich profitieren würden (44 Prozent in Groß- und 54 Prozent in Vorstädten) ^[1]. Bei den Geschlechterunterschieden ist das Bild in allen Umfeldern hingegen einheitlich: Männer sind eher bereit, neue Leitungen vorbehaltlos zu akzeptieren (Abbildung 7b). Das ist bemerkenswert, weil bei anderen Fragen Frauen durchschnittlich eher mehr klimapolitische Maßnahmen einfordern und beispielsweise bereit sind, höhere Steuern zu zahlen.



Beim Bildungsstand fallen die Muster hierfür in allen Umfeldern ähnlich aus: Menschen mit höherer Bildung tendieren eher dazu, Stromleitungen vorbehaltlos zu akzeptieren. Der Effekt ist in Großstädten und danach auf dem Dorf/auf dem Land am stärksten ausgeprägt (Abbildung 7c).

¹ Ergebnisse zu der Antwortoption sind hier nicht in der Abbildung enthalten.

Abbildung 7c: Bereitschaft, neue Stromleitung wohnungsnah vorbehaltlos zu akzeptieren, nach Bildungsstand und Wohnortsumfeld
Antwort «Stimme Bau vorbehaltlos zu» auf die Frage «Um den Strom aus erneuerbaren Quellen (z.B. Solarzellen- oder Windradparks) zu transportieren, müssen neue Hochspannungsleitungen gebaut werden. Stellen Sie sich bitte vor, es gäbe einen Vorschlag, eine solche Hochspannungsleitung in der Nähe Ihres Zuhauses (in einer Entfernung von ungefähr 1,5 km) zu bauen [...]» aufgegliedert nach Bildungshintergrund und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.

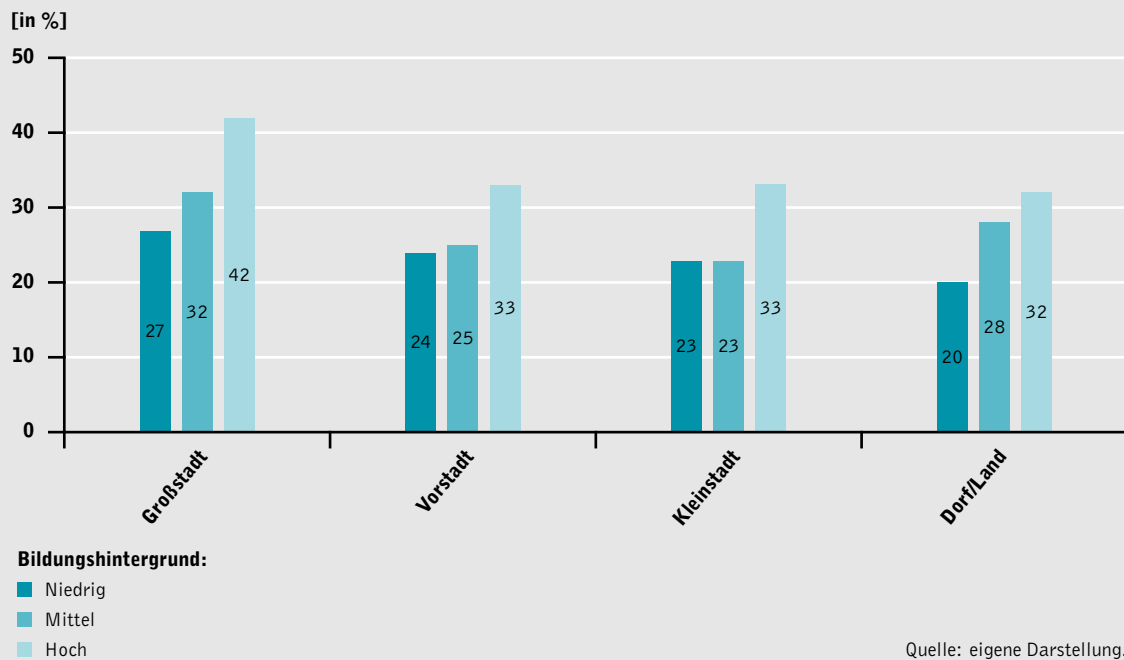
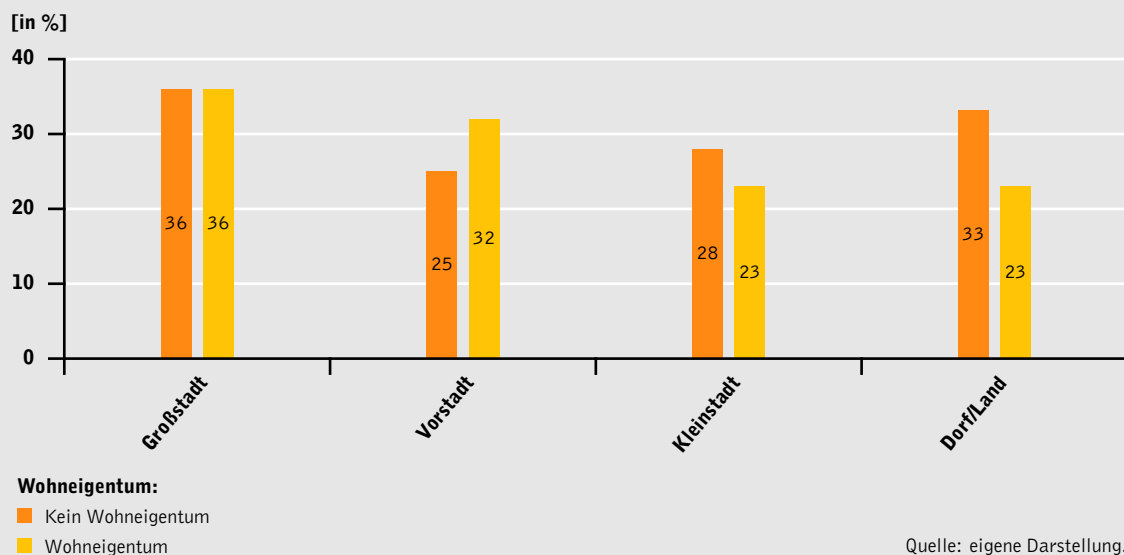


Abbildung 7d: Bereitschaft, neue Stromleitung wohnungsnah vorbehaltlos zu akzeptieren, nach Wohnsituation und Wohnortsumfeld
Antwort «Stimme Bau vorbehaltlos zu» auf die Frage «Um den Strom aus erneuerbaren Quellen (z.B. Solarzellen- oder Windradparks) zu transportieren, müssen neue Hochspannungsleitungen gebaut werden. Stellen Sie sich bitte vor, es gäbe einen Vorschlag, eine solche Hochspannungsleitung in der Nähe Ihres Zuhauses (in einer Entfernung von ungefähr 1,5 km) zu bauen [...]» aufgegliedert nach Wohneigentum und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.

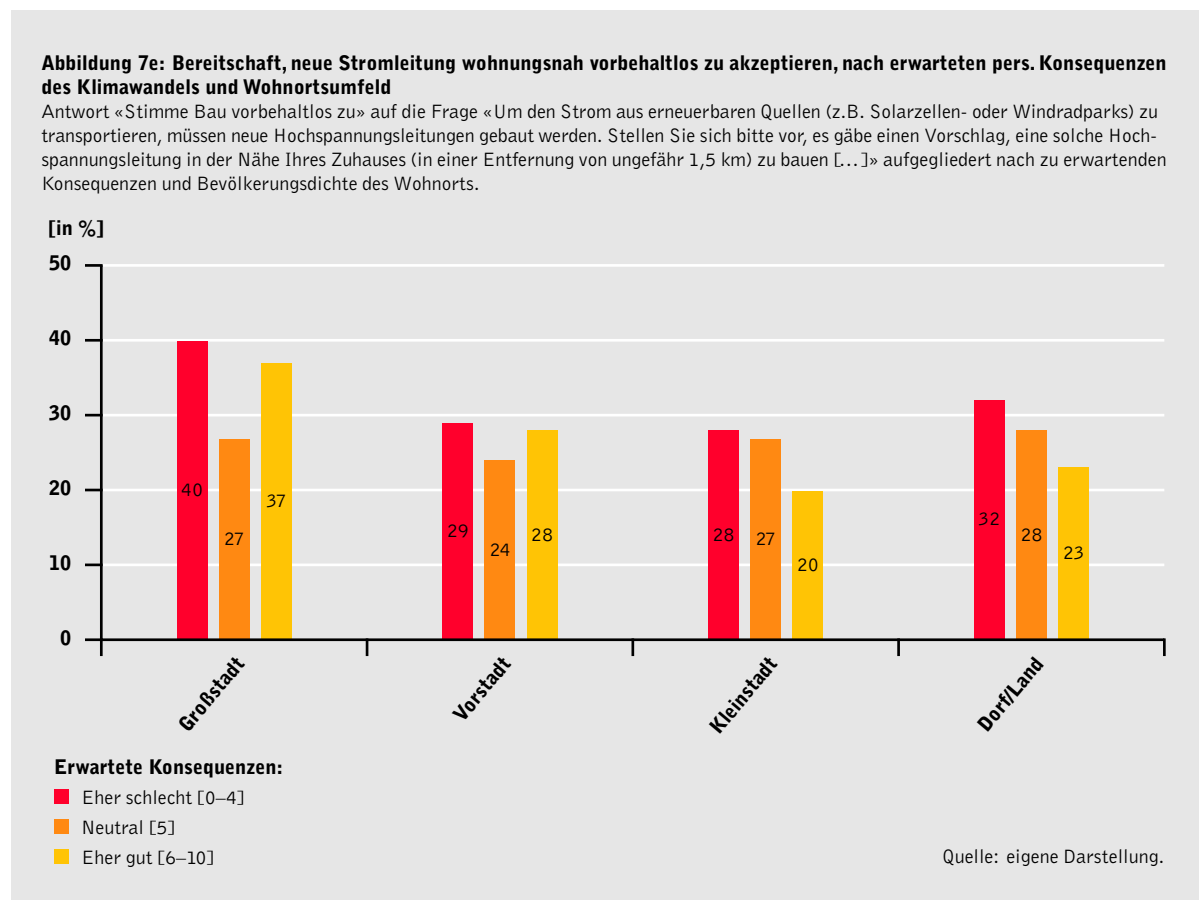


Hinsichtlich der Wohnsituation zeigt sich hingegen kein einheitliches Bild. Wie schon bei der Steuerfrage sehen wir in Vorstädten, dass Eigentümer/innen etwas eher gewillt sind,

eigene Konsequenzen (hier Stromleitungen) zu akzeptieren. In Kleinstädten und auf dem Dorf/auf dem Land ist es jedoch umgekehrt, und in Großstädten gibt es zwischen den beiden Gruppen keine Unterschiede (Abbildung 7d).

Woran das liegt, darüber können wir an dieser Stelle nur spekulieren. Wird Infrastruktur in der Großstadt grundsätzlich anders wahrgenommen, weil die Bebauung umfangreicher ist? Haben Menschen eventuell andere Bilder vor Augen, wenn sie an Stromleitungen denken? Und könnte die geringere vorbehaltlose Zustimmung bei den jüngsten Befragten in Groß- und Vorstädten in der Sorge um steigende Mietkosten begründet liegen? Dies würde sich mit Erkenntnissen aus anderen Studien decken (d|part 2021b: 21). Tiefere, über die bestehenden Daten hinausgehende Einblicke würden uns helfen, besser zu verstehen, wie die Debatten jeweils verstanden werden.

Die Erwartungen von persönlichen Konsequenzen infolge des Klimawandels sind auch in der NIMBY-Frage wieder uneinheitlich über verschiedene Wohnortsumfelder verteilt. Während in Kleinstädten und auf dem Dorf und Land jene, die von positiven persönlichen Konsequenzen ausgehen, etwas weniger dazu neigen, zusätzliche Stromleitungen zu akzeptieren, sind dies in den Vorstädten (leicht) und dieses Mal vor allem in den Großstädten jene mit einem neutralen Ausblick (Abbildung 7e). Bemerkenswert ist zudem, dass nur in Kleinstädten und auf dem Dorf/auf dem Land Menschen mit negativen



persönlichen Erwartungen eine deutlich höhere Bereitschaft für neue Stromleitungen zeigen als die Gruppe, die von persönlichen positiven Auswirkungen des Klimawandels ausgeht.

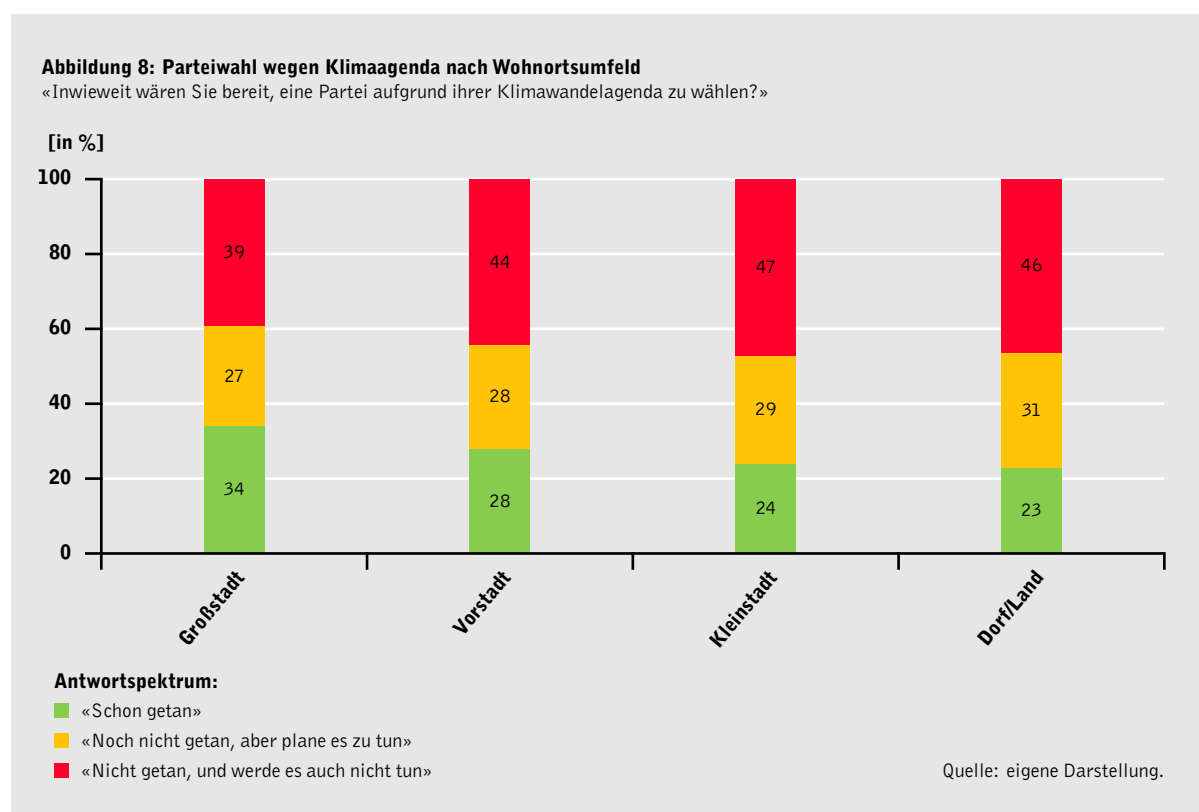
Ob Menschen eher dazu geneigt sind, neue Stromleitungen für erneuerbare Energie nahe ihrem Haus zu akzeptieren – auch ohne davon finanziell zu profitieren –, das unterscheidet sich teils deutlich zwischen verschiedenen Wohnortsumfeldern. In Groß- und Vorstädten sind es bei dieser Frage beispielsweise nicht die Allerjüngsten. Das gilt insbesondere für die Assoziation zwischen den Einstellungen zur «Not-in-my-own-Backyard»-Frage und den Erwartungen zu persönlichen Konsequenzen des Klimawandels. Hier gilt es nicht, dass die Bereitschaft für neue Stromleitungen durchgängig höher ist unter denjenigen, die negative Auswirkungen des Klimawandels für das eigene Lebenerwarten, als in allen anderen Gruppen. In Großstädten stechen vor allem Menschen mit neutralem Blick auf den Klimawandel heraus, die hierfür eher weniger Bereitschaft zeigen.

Die Bereitschaft, klima- und energiepolitische Maßnahmen zu unterstützen, die das eigene Leben beeinflussen, ist also für bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht in allen Wohnortsumfeldern gleich. Weder sind Menschen in der Stadt oder auf dem Land pauschal deutlich eher gewillt, beispielsweise neuen Stromleitungen direkt zuzustimmen, noch gilt das für alle jungen Menschen in allen Umfeldern. Um zu verstehen, wie bestimmte Bevölkerungsgruppen über spezifische Maßnahmen nachdenken, sollten wir also nicht nur ihre persönlichen Charakteristika, sondern auch ihr Wohnortsumfeld berücksichtigen.

6 Die parteipolitische Bedeutung: Worin Wähler/innengruppen mancher Parteien sich nach Wohnortsumfeld unterscheiden

Für den politischen Wettbewerb relevant bleibt die Frage danach, inwiefern sich die diskutierten Fragen und Einstellungen in den Wahlentscheidungen niederschlagen. Hier wird vertieft, inwiefern Fragen rund um den Klimawandel wahlentscheidend für die Wähler/innen in verschiedenen Wohnortsumfeldern sind.

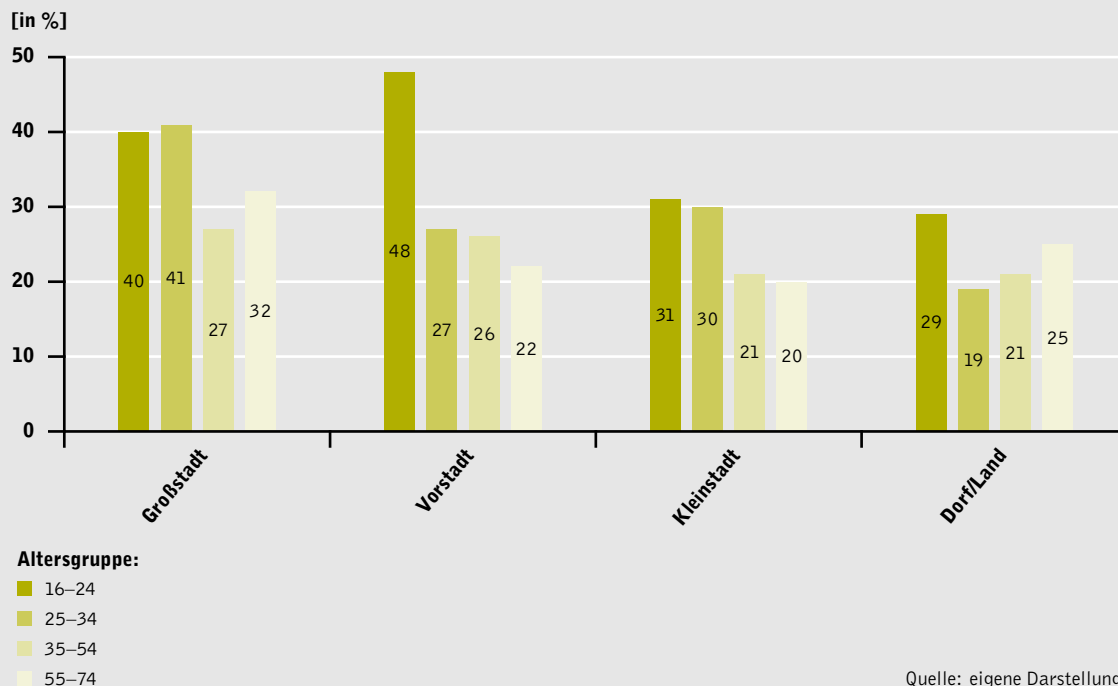
Menschen in Großstädten sagen etwas häufiger als andere (34 Prozent), dass sie schon einmal eine Partei wegen deren Klimaagenda gewählt haben (Abbildung 8). In Vorstädten geben das nur 28 Prozent an, in Kleinstädten und auf dem Dorf/auf dem Land jeweils weniger als ein Viertel. Während das Thema also überall generell als politisch wichtig eingeschätzt wird, sehen wir Unterschiede in der wahrgenommenen Wichtigkeit für die Wahlentscheidung zwischen den Wohnortsumfeldern.



Tendenziell haben jüngere Wähler/innen schon einmal für eine Partei wegen deren Klimaagenda gestimmt. In Groß- und Kleinstädten gilt das jeweils für 16- bis 34-Jährige, während es auf dem Dorf/auf dem Land und insbesondere in den Vorstädten nur für die

Abbildung 9a: Parteiwahl wegen Klimaagenda nach Altersgruppe und Wohnortsumfeld

Antwort «Schon getan» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, eine Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda wählen?» aufgegliedert nach Alter und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.



16- bis 24-Jährigen zutrifft (Abbildung 9a). Geschlechterunterschiede fallen in dieser Frage nicht besonders deutlich aus, aber in Großstädten tendieren Frauen etwas mehr dazu, das Klimaprogramm von Parteien für ihre Wahl entscheidend zu machen (Abbildung 9b).

Abbildung 9b: Parteiwahl wegen Klimaagenda nach Geschlecht und Wohnortsumfeld

Antwort «Schon getan» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, eine Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda zu wählen?» aufgegliedert nach Geschlecht und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.

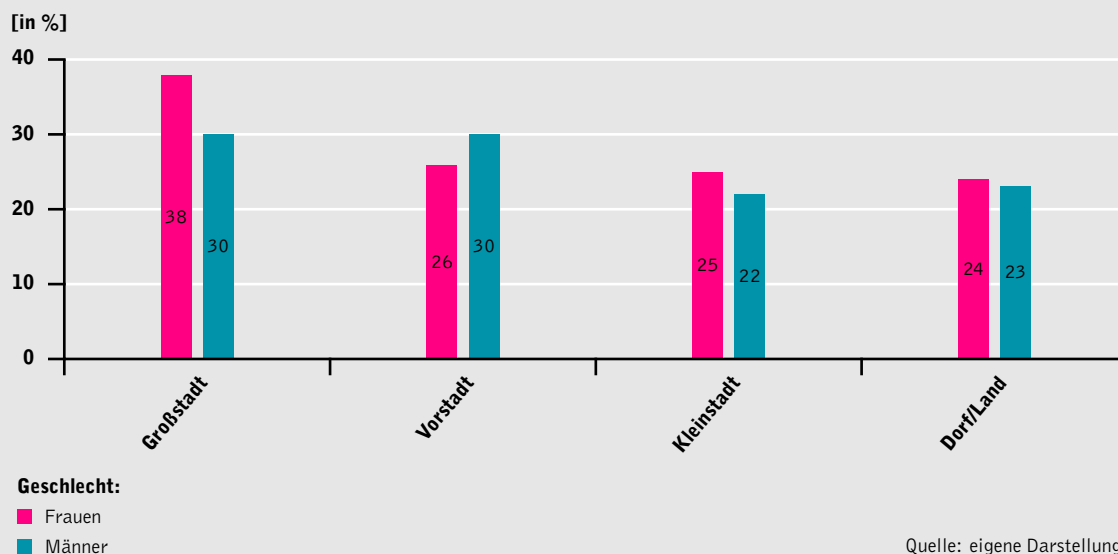
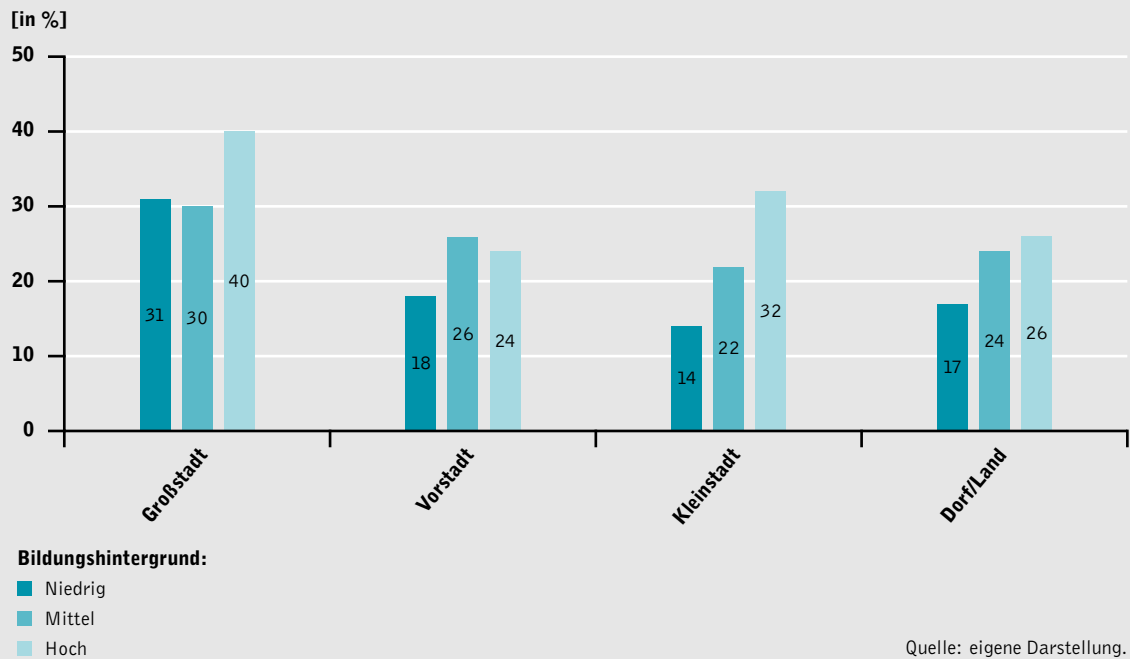


Abbildung 9c: Parteiwahl wegen Klimaagenda nach Bildungsstand und Wohnortsumfeld

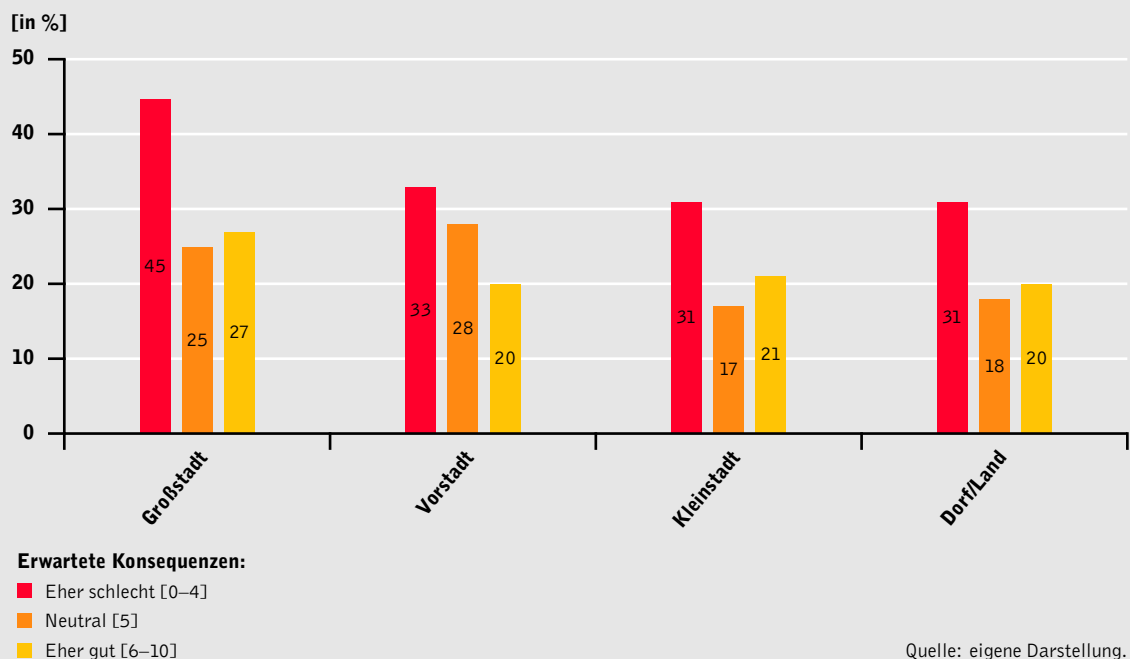
Antwort «Schon getan» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, eine Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda zu wählen?» aufgegliedert nach Bildungshintergrund und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.



Die Bildungsmuster bei der Parteiauswahl ähneln sich dagegen in allen Wohnortsumfeldern. Menschen mit höherer Bildung tendieren stärker dazu, Klimaprogramme bei der Wahl von Parteien dezidiert zu berücksichtigen (Abbildung 9c).

Abbildung 9d: Parteiwahl wegen Klimaagenda nach erwarteten pers. Konsequenzen des Klimawandels und Wohnortsumfeld

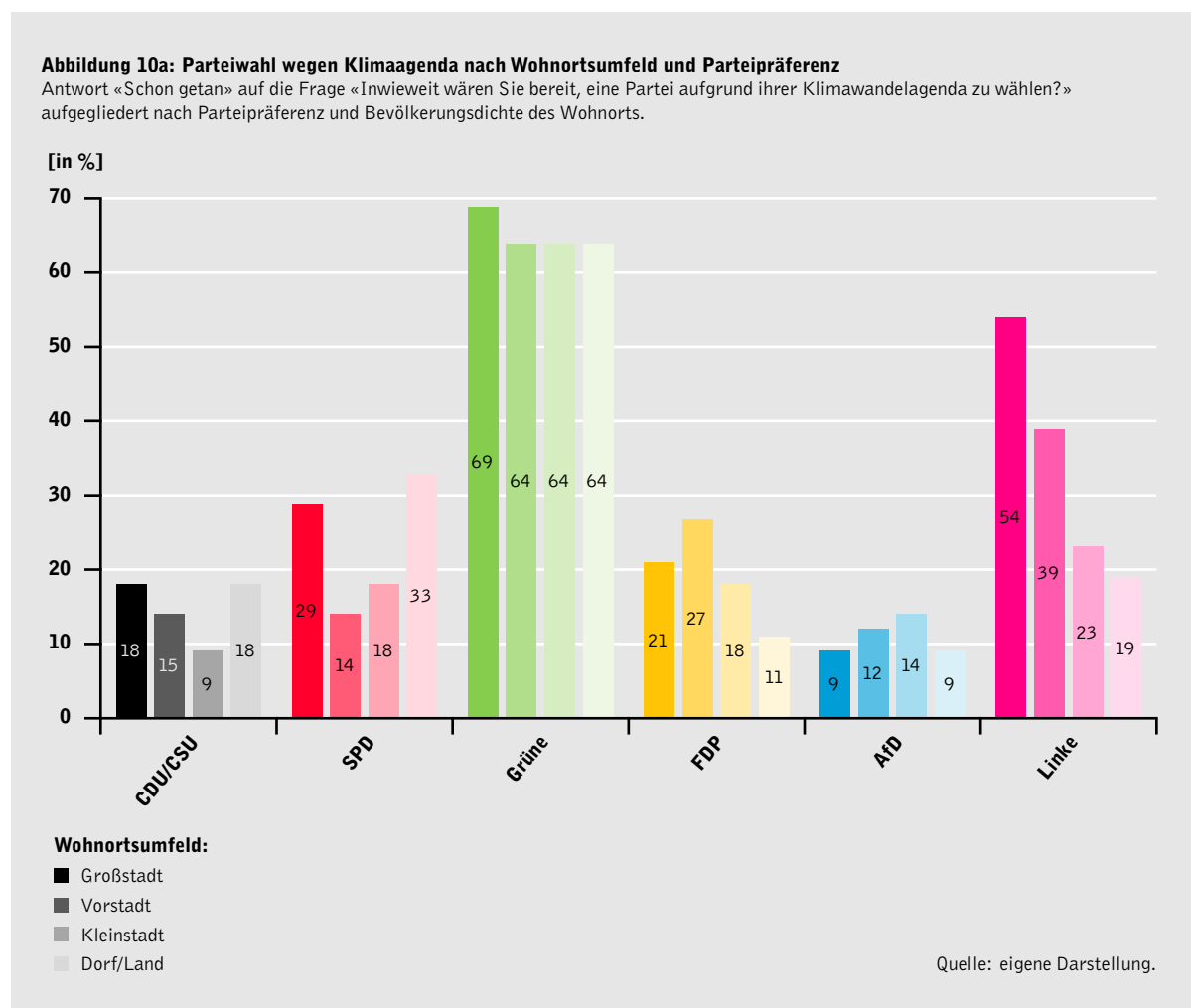
Antwort «Schon getan» auf die Frage «Inwieweit wären Sie bereit, eine Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda zu wählen?» aufgegliedert nach zu erwartenden Konsequenzen und Bevölkerungsdichte des Wohnorts.



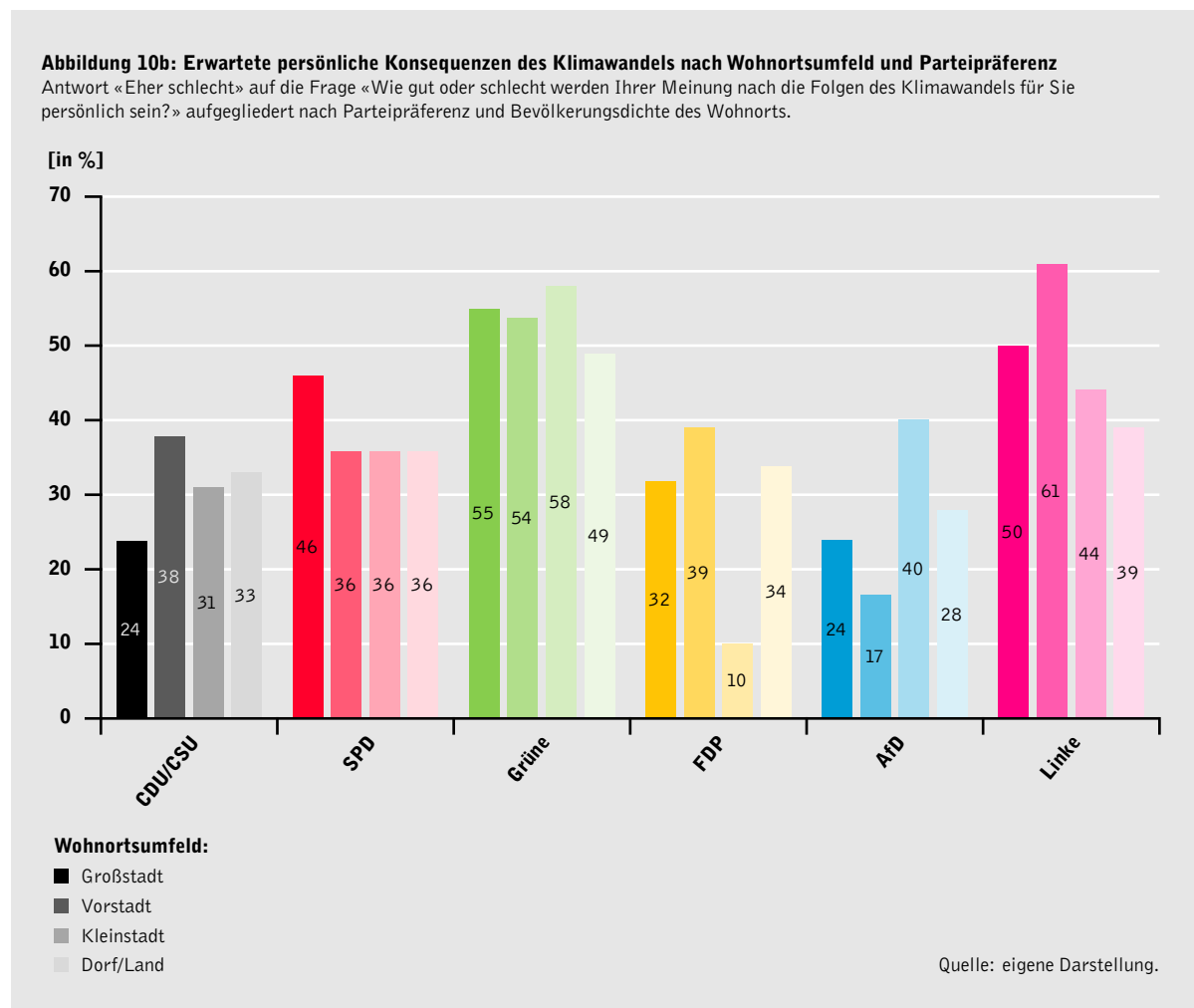
Dieser Effekt ist besonders deutlich in Kleinstädten und eher schwächer für die anderen Wohnortsumfelder.

Die Einschätzung, wie die persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel ausfällt, spielt bei der Parteiauswahl in allen Wohnortsumfeldern eine ähnliche Rolle. Menschen, die von negativen persönlichen Konsequenzen durch den Klimawandel ausgehen, tendieren überall eher dazu, Parteien wegen deren Klimaprogrammen auszuwählen (Abbildung 9d). Der Unterschied zwischen Menschen mit neutralen und positiven Einschätzungen ist jedoch eher klein.

Zusammengenommen sehen wir also recht klare Muster bezüglich der Frage, ob die Klimaagenda von Parteien berücksichtigt wird. Eine höher erwartete persönliche Betroffenheit vom Klimawandel, ein jüngeres Alter sowie eine höhere Bildung gehen einher mit einem stärkeren Fokus auf die Klimaprogramme der Parteien. Bezogen auf das Wohnortsumfeld zeigt sich, dass diese Tendenzen (außer für die Jüngsten) bei Menschen in Kleinstädten deutlich weniger ausgeprägt sind.

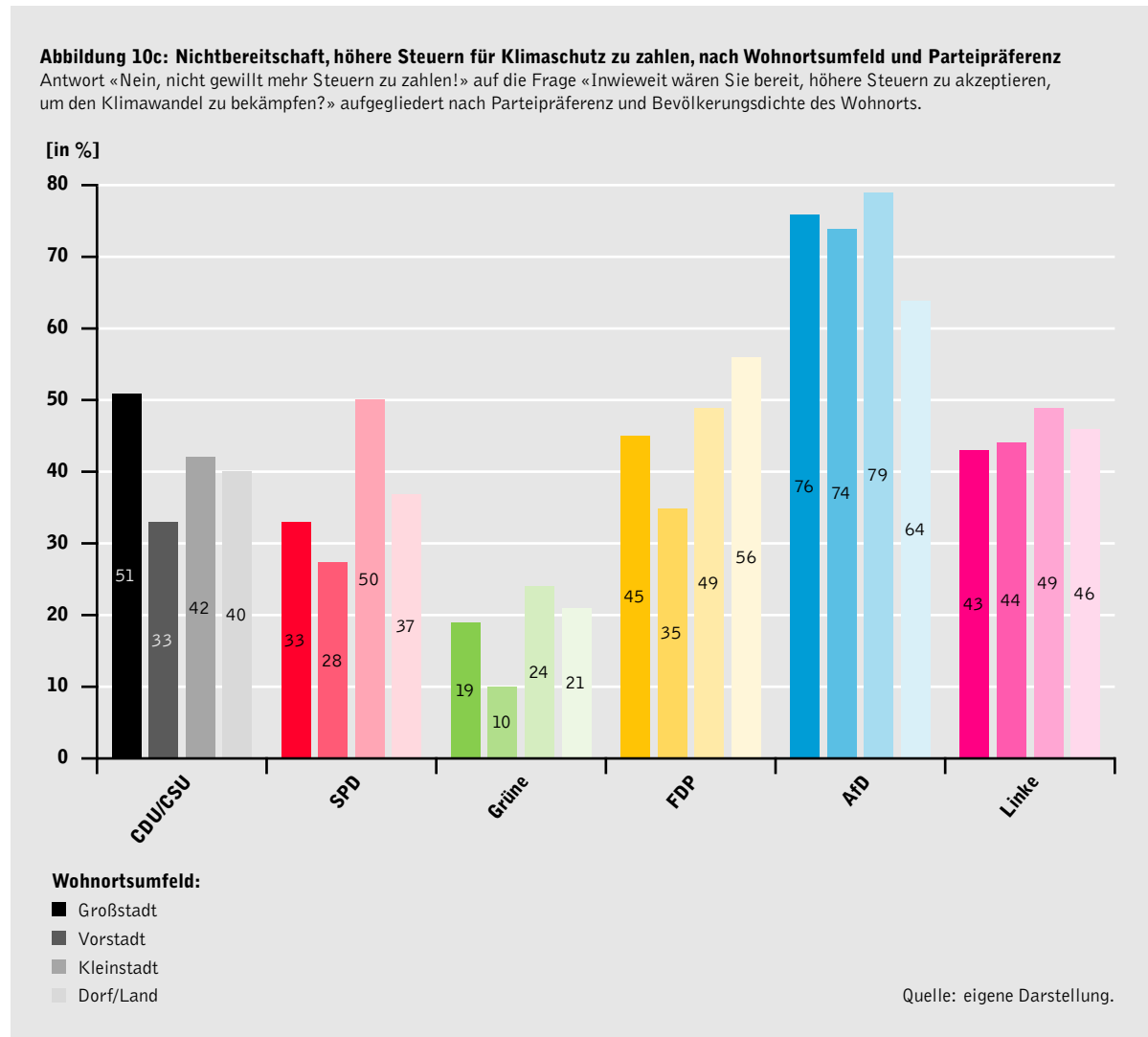


Grünen-Anhänger/innen sagen am häufigsten und über alle Wohnortsumfelder hinweg, dass sie schon mal diese Partei wegen deren Klimaprogramm gewählt haben (Abbildung 10a). Nur eine weitere (Sub-)Gruppe kommt halbwegs an so hohe Werte heran: die Unterstützer/innen der Linkspartei in den Großstädten. Auffallend sind dabei die starken Unterschiede innerhalb der Anhängerschaft nach Wohnortsumfeld: Je mehr sich der Lebensort von den Großstädten unterscheidet, desto weniger spielt Klimapolitik für die Anhänger/innen der Linken eine Rolle. Bei SPD und CDU/CSU sind es sowohl Menschen in Großstädten als auch auf dem Dorf/auf dem Land, die am ehesten sagen, dass ihre Parteiauswahl vom Thema Klimawandel geprägt wird. Bei der FDP ist das am häufigsten in Vorstädten der Fall. Bei der AfD fallen die Unterschiede gering aus – in keinem Umfeld spielt das Thema eine große Rolle.



Unterstützer/innen der Grünen bewerten insgesamt über alle Wohnortsumfelder hinweg relativ ähnlich, ob der Klimawandel für sie selbst negative Konsequenzen haben wird, wenngleich jene, die in Dörfern/auf dem Land leben, etwas weniger davon ausgehen (Abbildung 10b). Auch bei der SPD liegen die Einschätzungen fast aller Gruppen gleich – mit Ausnahme der Großstädter/innen, die deutlich häufiger negative Konsequenzen

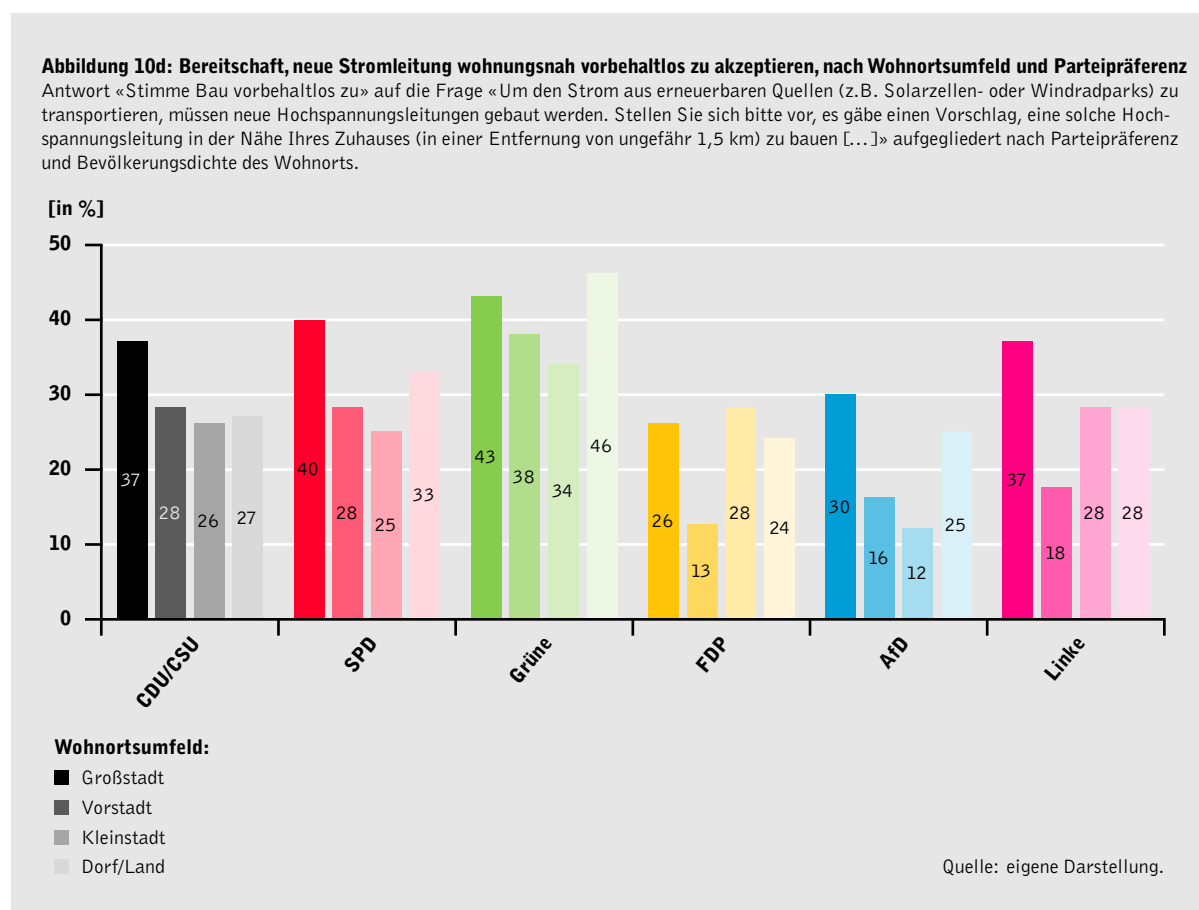
für sich erwarten. Interessanterweise verhält es sich bei der CDU/CSU genau andersherum. Ihre Anhänger/innen in der Großstadt gehen am wenigsten von negativen Auswirkungen für sich selber aus. Bei der FDP ist dies für die Menschen in Kleinstädten der Fall, ebenso bei der Linkspartei – hier jedoch mehr noch auf dem Dorf oder Land. Bei der AfD hingegen sind sich die Unterstützer/innen in Kleinstädten eher der negativen Konsequenzen bewusst.



Teilweise spiegelt sich das Bild dieser generellen Einstellungen auch in der eigenen (Nicht-)Bereitschaft wider, selbst Beiträge zu leisten. So sind bei CDU/CSU die Menschen in Großstädten im Vergleich mit anderen Wohnortstypen am wenigsten gewillt, höhere Steuern für den Klimaschutz zu zahlen (Abbildung 10c). Bei der SPD stechen hierbei die Kleinstädter/innen als die Gruppe mit der geringsten Bereitschaft hervor. Das zuvor eher einheitliche Bild bei den Grünen wird in dieser Frage aufgebrochen. Zwar sind deren Unterstützer/innen durchgängig die Parteianhänger/innen, die im Vergleich zu allen anderen am stärksten bereit sind, höhere Steuern zu zahlen. Diese Bereitschaft ist jedoch

bei jenen in Vorstädten am größten. Innerhalb der Anhängerschaft der Linken gibt es relativ wenige Niveauunterschiede, während bei FDP-Anhänger/innen jene in den Vorstädten und bei der AfD jene auf dem Dorf/auf dem Land bereitwilliger als andere sind, sich zu beteiligen.

Wohnortsunterschiede gibt es auch bei allen Parteianhänger/innen in der Frage nach der Bereitschaft, neue Stromleitungen für erneuerbare Energien nahe der eigenen Wohnung zu akzeptieren. Hier zeigen sich aber nicht durchgängig die gleichen Muster wie in der Bereitschaft, mehr Steuern zu zahlen. Bei CDU/CSU-Anhänger/innen sind es dieses Mal jene in den Großstädten, die am ehesten eine Errichtung einer neuen Leitung unterstützen, auch wenn sie davon nicht profitieren würden (Abbildung 10d). Bei Grünen (und etwas weniger bei SPD und AfD) sind es sowohl Menschen in der Großstadt als auch auf dem Dorf/auf dem Land, die bei dieser Frage vorbehaltlos zustimmen. Bei Linken und FDP stechen vor allem die Vorstädter/innen heraus, allerdings in die entgegengesetzte Richtung: als besonders ablehnend.



Es überrascht wenig, dass Anhänger/innen unterschiedlicher Parteien tendenziell verschiedene Ansichten zu klima- und energiepolitischen Maßnahmen haben. Zusätzlich sehen wir hier aber, dass sich außerdem die Profile innerhalb der Anhänger/innenschaften nach Wohnortsumfeld unterscheiden. Für eine zielorientierte Parteiarbeit lohnt es sich also zu verstehen, wie die Einstellungsprofile in verschiedenen Wohnortsumfeldern für die eigenen Unterstützer/innen und jene anderer Parteien jeweils aussehen.

7 Fazit und Ausblick

Die Erkenntnisse aus dieser Studie zeigen deutlich auf, wie lohnend es ist, die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen tiefergehend zu erforschen. Obwohl es weniger Unterschiede in der grundsätzlichen Priorisierung der Klimakrise zwischen den verschiedenen Wohnortsumfeldern gibt, sehen wir teils deutliche Differenzen in den Einstellungsprofilen, die sich nicht immer aus anderen Faktoren wie Bildung, Alter oder Geschlecht ergeben.

Ausgehend von den Befunden lassen sich sowohl für überparteiliche als auch für parteipolitische Akteure bessere Konzepte für den Meinungsaustausch mit verschiedenen Gruppen von Menschen entwickeln, die das Wohnortsumfeld stärker einbeziehen. Denn Zielgruppenkonzepte in der politischen Ansprache für Bildungsarbeit oder die Umsetzung von politischen Maßnahmen, die in einem Wohnortsumfeld gut funktionieren, müssen beispielsweise nicht unbedingt in einem anderen Umfeld genauso gut wirken.

Während die durchgeführte Untersuchung Heterogenität zwischen den Wohnortsumfeldern klar hervorbringt, kann sie nicht beantworten, warum die identifizierten Unterschiede bestehen. Dafür sind weitere Untersuchungen notwendig, um klarer beantworten zu können, ob differenzierte Einstellungsprofile eher existieren, weil sie beispielsweise verschiedene praktische Lebensrealitäten widerspiegeln oder eher Ausdruck verschieden starker Auseinandersetzung mit dem Thema sind. Einige Fragestellungen für zukünftige Analysen, die sich besonders zu untersuchen lohnen, sind unter anderem:

- Warum sind die jüngsten Menschen in Groß- und Vorstädten im Vergleich zu älteren Gruppen nicht so vorbehaltlos in der Zustimmung zu wohnungsnahen Elektrizitätsleitungen wie die Jüngsten in Kleinstädten und auf dem Dorf oder Land, während sie sonst oft als Gruppen mit der größten Bereitschaft zu Klimamaßnahmen identifiziert werden (d|part/OSEPI 2021: 10)? Überwiegt für sie die Frage nach den persönlichen wirtschaftlichen Konsequenzen insbesondere bezüglich steigender Mieten, wie es andere Studien nahelegen (d|part 2021b: 21)?
- Warum sind es – vor allem in Vorstädten – teils Menschen mit einer neutralen Erwartung hinsichtlich der persönlichen Konsequenzen durch die Klimakrise, die zurückhaltender in ihrer Bereitwilligkeit sind, selbst Beiträge zu leisten? Stehen neutrale Erwartungen hier eventuell für ein geringeres Interesse? Oder gibt es in manchen Umfeldern die Hoffnung, dass strukturelle Änderungen vor Ort durchgeführt werden, die sie sich ohnehin wünschen bzw. auf die sie schon länger warten?
- Warum unterscheiden sich die Profile verschiedener Parteianhänger/innen teilweise deutlich in bestimmten Wohnortsumfeldern? Und wie sollten Politikschaffende darauf reagieren, wenn sie in den Dialog mit den Menschen in den verschiedenen Umfeldern über Themen wie die Energiewende treten wollen?

- Warum hat der Bildungshintergrund teilweise unterschiedlich starke Auswirkungen in den verschiedenen Wohnortsumfeldern? Ist der soziale Status in manchen Umfeldern stärker mit bestimmten Debattenpositionen verknüpft als in anderen?
- Inwiefern sind die Beobachtungen in verschiedenen Wohnortsumfeldern ursächlich der Ländlichkeit oder der Urbanität zuzuschreiben? Wie andere Studien zeigen, können sich politische Ansichten in einem ähnlichen Wohnumfeld zwischen verschiedenen Regionen unterscheiden, weil die spezifische Wohnortssituation durch regionale Faktoren erkennbar beeinflusst wird (vgl. Umweltbundesamt 2022b: 42 ff.). Wie verstehen Menschen also das Verhältnis zwischen ihrem generellen Wohnortsumfeld und die spezifische Situation des Ortes, in dem sie leben?

Weitere Untersuchungen, auch mit qualitativen Methoden, sind nötig, um diese Fragestellungen vertiefend zu beantworten.

Literaturverzeichnis

- Bernauer, Thomas (2022): Bei Umweltfragen ist der Stadt-Land-Graben geringer als oft vermutet. <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2022/09/blog-bei-umweltfragen-ist-der-stadt-land-graben-geringer-als-oft-vermutet.html>
- Breuer, Ingeborg (2019): Ungleichheit in Deutschland. Die alten Konfliktlinien gelten nicht mehr. www.deutschlandfunk.de/ungleichheit-in-deutschland-die-alten-konfliktlinien-gelten-100.html
- d|part (2021a): Methods note «There is space for everyone: Climate crisis messages across the political spectrum.» <https://dpart.org/methods-note-there-is-space-for-everyone-climate-crisis-messages-across-the-political-spectrum>
- d|part (2021b): Hübner, C., Nicke, S., Eichhorn, J. (2021b): Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates? Friedrich-Ebert-Stiftung & d|part: Berlin, <https://dpart.org/de/publications/jugend-und-staat-2021>
- d|part, OSEPI (2021): Eichhorn, J., Nicke, S., Molthof, L.: Einsatz gegen den Klimawandel. Ein Erfolgskonzept für das gesamte politische Spektrum. d|part & OSEPI: Berlin & Brüssel, <https://dpart.org/publications/german-report-2>
- Haffert, Lukas (2022) Stadt, Land, Frust. Eine Politische Vermessung. München: C. H. Beck.
- Möller, Christian (2021): Stadt gegen Land. Ein erfundener Konflikt? Im Gespräch mit Hilal Sezgin und Clemens Zimmermann, www.deutschlandfunkkultur.de/stadt-gegen-land-ein-erfundener-konflikt-100.html
- Statistisches Bundesamt (2021): Umwelt, Energie und Mobilität. In: Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Gesamtausgabe. www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-13.pdf?__blob=publicationFile
- Umweltbundesamt (2022a): Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/ubs_2020_0.pdf
- Umweltbundesamt (2022b): Stieß, Immanuel; Sunderer, Georg; Raschewski, Luca; Stein, Melina; Götz, Konrad; Belz, Janina; Follmer, Robert; Hölscher, Jana; Birzler-Harder, Barbara: Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2020. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_20-2022_repraesentativumfrage_zum_umweltbewusstsein_und_umweltverhalten_im_jahr_2020.pdf

- Wagner, Gernot (2021): Einfamilienhäuser und Klimaschutz. Zurück in die Stadt!
www.zeit.de/wirtschaft/2021-02/einfamilienhaeuser-klimaschutz-debatte-eigenheim-gruene-stadt-land

Der Autor

Dr. Jan Eichhorn ist Mitgründer, Partner und Forschungsdirektor von d|part, einem gemeinnützigen, überparteilichen und unabhängigen Think-Tank in Berlin. Er forscht zu politischer Beteiligung und Ansichten von Menschen und der Frage, wie ökonomische Strukturen die Gesellschaft beeinflussen. Neben seiner Tätigkeit bei d|part ist er Senior Lecturer in Social Policy an der University of Edinburgh.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Jana Heyde **E** inland@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Mai 2023

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.